

## Diesmal ...

... kommt der AK:BE-Rundbrief nicht mit einigen wenigen Schwerpunkten in größeren Beiträgen, sondern mit einer Vielzahl von Schlaglichtern aus dem breiten Bildungsspektrum daher. Dabei wird deutlich: Nach wie vor ist die Bildungsrepublik eine Großbaustelle mit zahlreichen Problemzonen. Nach wie vor ist es also enorm wichtig, dass in diesem Bereich kritisches Engagement auf der Grundlage demokratisch-humanistischer Bildungsvorstellungen zum Tragen kommt.

Ihnen, liebe Freundinnen und liebe Freunde, wünschen wir, dass Sie im neuen Jahr die Kraft zu solchem Engagement finden und sie in wachsender Vernetztheit in die Tat umsetzen können.



### Inhalt:

- GEW: "Deutschland kommt im Bildungswesen nicht voran." Seite 2
- Jürgen Amendt: Signal für mehr Bildungsarmut Seite 3
- Gerhard Stranz: NRW-Krippengipfel war kein Gipffest Seite 3
- Thorsten Stegemann: Die neuen Pädagogen? - Förster, Soldaten, Minijobber Seite 5
- Jürgen Amendt: GEW-Report zu Bundeswehr und Schule Seite 8
- Christiane Hennrich: Wenn Eltern "Billigbildung" den Kampf ansagen Seite 9
- Brigitte Schumann: Der Gemeinsame Unterricht in den weiterführenden Schulen verfehlt ohne Steuerung und Implementationsstrategie das Ziel der Inklusion Seite 11
- IGM-Jugend: Abitur oder Ausbildung - was ist mehr wert? Seite 13
- Anna Lehmann: Geselle vs. Abiturient? Wer kann mehr? Seite 14
- Ralf Heß: Prädikat: nicht ausbildungsreif Seite 15
- Paula Protsch / Martina Dieckhoff:  
Noten, kognitive Fähigkeiten oder Persönlichkeit Seite 17
- Jürgen Amendt: Eine Studie für Unternehmer Seite 19
- Wolfgang Lieb: Der Spiegel vermarktet die Bertelsmann-Stiftung Seite 20
- Christian Füller: Debatte Zukunft der Bildung - vom Server lernen Seite 23

GEW zur OECD-Studie:

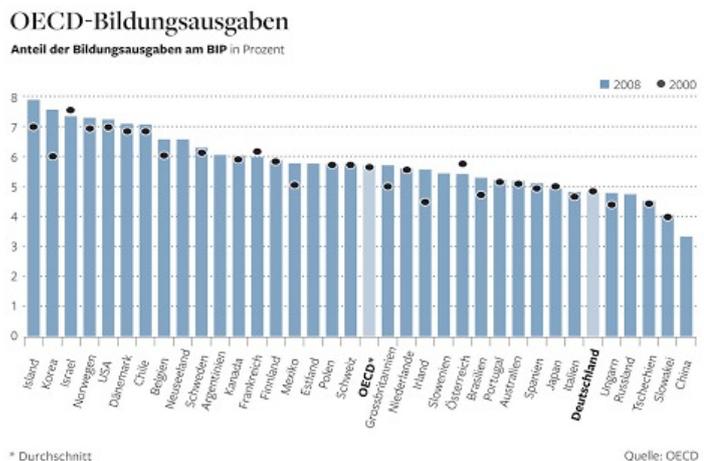
## "Deutschland kommt im Bildungswesen nicht voran" Bildungsgewerkschaft zur OECD-Studie "Bildung auf einen Blick 2011"

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hält deutlich größere politische Anstrengungen für notwendig, um das Ziel eines gerechten und leistungsfähigen Bildungswesens zu erreichen.

Der GEW-Vorsitzende Ulrich Thöne erklärte: "PISA-Schock und Reformdebatte zum Trotz: Deutschland liegt in vielen Bereichen der Bildung auf einem der hinteren Plätze. Das gilt besonders für Hochqualifizierte, ganz gleich, ob sie ein Studium, eine Fachschul- oder eine Berufsausbildung mit anschließendem Meister absolviert haben. Hier gehörte Deutschland vor 50 Jahren noch zu den führenden Staaten. Kernursachen sind die chronische Unterfinanzierung des Bildungswesens und ein System, das mehr Menschen aussortiert als integriert. Die Bildungsausgaben liegen im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) weiterhin deutlich unter dem OECD-Durchschnitt. Die politische Zielmarke von sieben Prozent im Jahr 2015 - Stichwort "Bildungsrepublik" - wird weiter verfehlt. Herkunft und soziale Schranken sind immer noch bestimmend."

"Es ist skandalös und schwächt die Innovationsfähigkeit Deutschlands, wenn nicht mehr junge Menschen als bisher bis in die höchsten Qualifikationsstufen geführt werden können", sagte Thöne. "Die Grundlagen hierfür werden in der frühkindlichen Bildung gelegt. Aber beim Ausbau von Krippen und Kitas hapert es ebenso, wie bei der Umsetzung eines inklusiven Schulwesens, das alle Kinder bestmöglich fördert. Bund und Länder feiern jede kleine Verbesserung als Riesenerfolg. Tatsache ist aber, dass Deutschland im Primar- und Sekundarbereich nur hintere Plätze belegt. Der Mangel an Hochqualifizierten findet hier seine Ursachen", so Thöne. Auch die soziale Öffnung der Hochschulen komme nicht voran, die finanzielle Ausstattung sei mangelhaft und es gebe zu wenig Studienplätze. "Ein Studium ist nicht attraktiv, weil die Zugangshürden hoch sind und die soziale Absicherung schlecht ist", sagte Thöne. Deutschland habe OECD-weit den geringsten Zuwachs an Hochschulabsolventen. "Schlechte Studienbedingungen, mangelnde Beratung und die finanzielle Lage der Studierenden führen zu einer hohen Abbrecherquote", betonte der GEW-Vorsitzende.

Thöne erklärte weiter: "Eine solide finanzielle Ausstattung und den Abbau sozialer Hemmnisse brauchen wir für den gesamten Bildungsbereich. Bildung ist weit mehr, als für den Beruf fit zu machen. Sie eröffnet Menschen Perspektiven und ist der Schlüssel zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Kreative und inklusive Bildung fördern den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das belegt die OECD eindrucksvoll. Wer sich über mangelnde Wahlbeteiligung beklagt, sollte nicht an der Bildung sparen. Umso erstaunlicher ist, dass wir in den Ländern mit neuen Rotstiftorgien konfrontiert sind. Auch die Bundesregierung tut zu wenig: Zwölf Milliarden Euro mehr will die Bildungsministerin bis 2015 ausgeben. Das ist ein Tropfen auf den heißen Stein, der wirkungslos verpufft, weil die Mittel weiterhin fehlgesteuert in Modellprojekten für die Eliten, wie dem gescheiterten Deutschlandstipendium, landen. Gute Bildung für alle können wir nur erreichen, wenn die Bildungsfinanzierung vom Kopf auf die Füße gestellt wird."



Quelle: <http://bildungsklick.de/pm/80328/deutschland-kommt-im-bildungswesen-nicht-voran/>

Jürgen Amendt

## Signal für mehr Bildungsarmut

Die Bildungsausgaben in Deutschland steigen von Jahr zu Jahr. 2010 überschritten die Etats von Bund, Ländern und Kommunen erstmals die 100-Milliarden-Euro-Marke. Kitas, Schulen und Hochschulen lässt sich der deutsche Staat einiges kosten. Allein: Das ist nur die eine, die glattpolierte Seite der Medaille. Die andere, die matte Seite ist diese: Nach wie vor bleiben die öffentlichen Bildungsausgaben in Deutschland unter dem Durchschnitt der meisten Industriestaaten.

Man kann es auch so formulieren: Während anderswo die Bildungsausgaben überproportional steigen, bleiben in Deutschland die Wachstumsraten in diesem Sektor gering: Von 2008 bis 2010 stiegen sie um mehr als 9 Milliarden Euro von 94 auf 103,5 Milliarden Euro; eine Steigerung von 40 Milliarden Euro pro Jahr wäre nach Schätzung von Experten aber notwendig, um den Anschluss an die internationale Entwicklung nicht zu verlieren. Mit einem Zuwachs von 2,6 Prozent oder knapp 2,5 Milliarden Euro in diesem Jahr ist der Rückstand auf andere hoch entwickelte Staaten also weiter gewachsen.

Die Aussage von Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU), die erwartete Steigerung von 2,6 Prozent sei ein »Signal im Kampf gegen Bildungsarmut«, ist angesichts dieser Entwicklung reine Augenwischerei. Statt von einem Signal gegen weniger Bildungsarmut sollte man also eher von einem Signal für mehr Bildungsarmut sprechen. Und durch die sogenannte Schuldenbremse, die Bund, Länder und Kommunen dazu zwingt, Ausgaben zu kürzen, um das Haushaltsdefizit zu reduzieren, wird in Verbund mit der erwarteten Abschwächung der Konjunktur diese Armut im nächsten Jahr noch weiter zunehmen.

<http://www.neues-deutschland.de/artikel/212915.signal-fuer-mehr-bildungsarmut.html>



Gerhard Stranz

Kinderbildungsgesetz NRW

## NRW-Krippengipfel war kein Gipfelfest

**Auf die "gute und konstruktive Atmosphäre" des NRW-Krippengipfels weist die sozialpolitische sowie kinder- und familienpolitische Sprecherin der Grünen, Andrea Asch in einer Information vom 23.12.2011 hin. Die Reibungsverluste zwischen Land, Landschaftsverbänden, Kommunen und Trägern seien sehr offen thematisiert worden. Die Landesjugendämter hätten "sehr deutliche Bearbeitungshinweise im Hinblick auf ihre Rolle im Rahmen der Betriebsgenehmigungen" erhalten. Es sei Konsens gewesen, dass sich der Bund beim U3-Ausbau stärker finanziell beteiligen müsse, zumal voraussichtlich mehr neue Plätze notwendig seien. Vor diesem Hintergrund habe Frau Asch kein Verständnis für die Haltung der Bundesfamilienministerin Schröder, keinen bundesweiten Krippengipfel einberufen zu wollen.**

Sie stellte die Präsentation des Ministeriums zum Krippengipfel zur Verfügung.

Darin werden u.a. die Grundlagen für die Ausbaunotwendigkeit ab dem Jahr 2005, mit dem Tagesbetreuungsausbaugesetz beginnend, ausgewiesen, in dem verabredet wurde, dass "bis spätestens 1.10.2010 ... ein bedarfsgerechtes Angebot geschaffen werden" (sollte).

Es wird auch deutlich, dass die für die Bedarfsdeckung in NRW immer wieder benannte Landesdurchschnittsquote von 32 % aus einem im Jahr 2005 durch das Deutsche Jugendinstitut prognostizierten Bedarf (im Ergebnis für das Jahr 2013) herangezogen wurde und danach die Ausbauplanung des Landes auf 144.000 Plätze ausgerichtet wurde.

Interessant ist der Hinweis, dass ausdrücklich die bei den Kommunen liegende Verantwortlichkeit als "pflichtige Aufgabe" benannt wird.

### Kommentar:

So gut es ist, dass die Dringlichkeit einer Verbesserung des Ausbaus mit Angeboten für Kinder ab dem zweiten Lebensjahr jetzt immer wieder auf der "Tagesordnung" steht.

Um so ernüchternder ist es, dass jetzt mit einem öffentlichkeitswirksamen Aktionismus die tatsächlich bestehenden Notwendigkeiten nicht deutlich genug werden, sondern vielmehr evtl. mit Schuldzuwei-

sungen u.U. von der unzulänglich wahrgenommenen Verantwortung des Landes und der Kommunen abzulenken versucht wird.

Es wird auch deutlich, dass die für die Bedarfsdeckung in NRW immer wieder benannte Landesdurchschnittsquote von 32 % aus einem im Jahr 2005 durch das Deutsche Jugendinstitut prognostizierten Bedarf (im Ergebnis für das Jahr 2013) herangezogen wurde und danach die Ausbauplanung des Landes auf 144.000 Plätze ausgerichtet wurde und als geschätzte Bedarfsquote als Grundlage für die Bedarfsplanung zur Erfüllung des Rechtsanspruchs im Jahr 2013 immer noch herangezogen wird, obwohl durch das Deutsche Jugendinstitut eine gründlichere und aktuellere Bedarfsermittlung erfolgt ist und selbst Kommunen in NRW inzwischen von einem Bedarf von bis zu 80 % ausgehen, erscheint das Festhalten der Landesregierung an der überholten Bedarfsabschätzung mehr als fragwürdig. Es ist mehr als deutlich, dass, unabhängig von der Realisierung, die Quote und das Ausbauziel 144.000 Plätze viel zu gering sind. Die Landesregierung müsste bereits jetzt weitere Mittel zur Verfügung stellen, um nicht nur den im Jahr 2007 zugesagten gleich hohen Förderanteil wie der Bund aufzubringen, sondern ein eigenes zusätzliches Landesausbauprogramm auflegen, so wie dies andere Länder selbstverständlich gemacht haben, in denen heute bessere Versorgungsquoten erreicht sind.

Es ist durchaus verständlich, dass die Bundesfamilienministerin zunächst erwartet, dass die Bundesländer, wie NRW, also zunächst ihre "Schulaufgaben" machen und den versprochenen Mindest-Anteil an der im Jahr 2007 verabredeten Finanzierungsbeteiligung erbringen. Sollte dies erfolgt sein, dürfte sie sich jedoch nicht einer weiteren Verständigung verschließen.

Nicht nachvollziehbar ist, dass bei der Darstellung der Grundlagen für die Ausbaupflichtung erneut erst im Jahr 2015 mit den sich aus dem Tagesausbauprogramm ergebenden Verpflichtungen begonnen wird, nach denen sich ein Tätigwerden des Landes und der Kommunen hätte zwingend ergeben müssen.

**Bedeutsam war jedoch der "Barcelona-Beschluss" der Europäischen Union des Jahres 2002, in dem die Mitgliedsstaaten - und damit auch die Bundesländer verantwortlich wurden - verabredet wurde, dass "bis spätestens 1.10.2010 ... ein bedarfsgerechtes Angebot geschaffen werden" (sollte). Über diese Verpflichtung berichtete im Jahr 2002 die Europaministerin Hannelore Kraft den Landtag.**

Spätestens zu diesem Zeitpunkt hätte der Landtag, vor allem die damalige rot-grüne Landesregierung tätig werden müssen. Passiert ist im wesentlichen nichts. Lediglich wurde ein Programmchen vorgesehen, mit dem zur Bedarfsdeckung bis zu 5.000 Spielgruppenplätze geschaffen werden sollten. Ausbauintiativen erfolgten durch die neue schwarz-gelbe Landesregierung nicht. Vielmehr wurden mit dem Landeshaushalt 2006 die Förderbedingungen für den Bereich der Jugendhilfe drastisch eingeschränkt und mit dem Ausweis von 14.000 bereits im Rahmen der Budgetvereinbarung für Kinder unter 3 Jahren in regulären Kindergärten geschaffenen Plätzen als neue Plätze ein unzutreffender Ausbaufschwung vorgetäuscht!

Insofern haben vor allem das seit dem Jahr 2002 unterbliebene Handeln und das Fehlen der Aktivitäten des Landes spätestens nach dem Krippengipfel 2007 zu dem derzeitigen Missstand in NRW beigetragen.

Anstatt jetzt z.B. den Landesjugendämtern, die aufgrund ihres gesetzlichen Auftrages 'fachlich und unabhängig' für qualitativ gute Förderbedingungen für Kinder sorgen müssen, den Rücken zu stärken und mehr Mittel für den zahlenmäßigen und qualitativen Ausbau zur Verfügung zu stellen, scheint erneut, so wie es schon im Zusammenhang mit der Erfüllung des Rechtsanspruchs im Jahr 1995/1996 der Fall war, der Druck zuzunehmen, die Anforderungen herunterzuschrauben und damit nicht nur zu einer Verbilligung der Angebote beizutragen, sondern u.U. auch in Kauf zu nehmen; dass dann mit diesen Lösungen nicht immer das Wohl jeden einzelnen Kindes gesichert werden kann, wenn z.B. die Kontaktmöglichkeiten durch die Aufnahme zusätzlicher Kinder weiter erschwert werden.

**\*\*Es reicht nicht, nur Hemmnisse bei der Realisierung beseitigen zu wollen. Es müssen mehr Ressourcen für den quantitativen und qualitativen Ausbau zunächst durch das Land und die Kommunen zur Verfügung gestellt werden. Jetzt!\*\***

Quelle: [www.bildungsklick.de](http://www.bildungsklick.de)



## **Die neuen Pädagogen? - Förster, Soldaten, Minijobber**

### **Billige Bildungsrepublik**

**Jahrelang setzte die niedersächsische Landesregierung auf billige Arbeitskräfte an Ganztagschulen. Jetzt sollen vorerst keine Honorarverträge mehr abgeschlossen werden. Die Rechtslage ist zu unsicher geworden.**

Nachdem sich die Schüler und Eltern der 1.300 Ganztagschulen in Niedersachsen monatelang erhebliche Sorgen um den Zustand ihrer Bildungseinrichtungen gemacht hatten, interpretierte Bernd Althusmann die alte Weisheit von der Ruhe, die stets erste Bürgerpflicht ist, am vergangenen Freitag in ebenso sinnfälliger wie zeitgemäßer Weise.

"Die pauschale Behauptung, gegen Schulleitungen in Niedersachsen werde jetzt strafrechtlich ermittelt, ist sachlich falsch", erklärte der niedersächsische Kultusminister – und war offensichtlich der Meinung, eine wirklich gute Nachricht verbreitet zu haben.

### **Verlust der Rechtssicherheit in drei Tagen**

Der nicht mehr ganz neue Vorwurf, an Niedersachsens Schulen würden mehr als 10.000 Menschen illegal und vielfach im Grenzbereich von Dumpinglöhnen in Höhe von 7,50 Euro beschäftigt, ließ Niedersachsens KTG-Double (Althusmann: Häuptling fremde Feder?) allerdings noch immer unbeeindruckt. Für die Einrichtungen bestehe "weiterhin Rechtssicherheit", teilte der Minister mit. Sofern sie sich an die Vorgaben der Niedersächsischen Landesschulbehörde hielten.

Die Niedersächsische Landesschulbehörde berät die Schulen umfassend und verlässlich in Vertragsfragen, insbesondere bei Neuabschlüssen von Verträgen.  
Bernd Althusmann

Nur drei Tage später tagte der Kultusausschusses im Niedersächsischen Landtag und erlebte plötzlich einen entscheidungsfreudigen CDU-Minister, der bis zum Ende des Schuljahres 2011/12 – genauer: "bis zur endgültigen Klärung der Rechtslage" - den Abschluss von Honorarverträgen untersagte. Die Deutsche Rentenversicherung halte Honorarverträge in diesen Beschäftigungsverhältnissen für "grundsätzlich nicht statthaft", teilte Althusmann mit. Diese Rechtsauffassung wolle er "fachlich" prüfen lassen. Doch aus diesmal gab es Positives zu vermelden.

Weder Rentenversicherung noch Hauptzollamt oder Staatsanwaltschaft ermitteln nach unserer Kenntnis strafrechtlich flächendeckend gegen Schulleitungen in Niedersachsen.  
Bernd Althusmann

Nur ein einziger Fall will Althusmann bekannt sein, doch die Kenntnislage des Kultusministeriums, das nach Erinnerung der Deutschen Rentenversicherung schon 2007 "intensiv" über die strittige Sachlage "aufgeklärt" wurde, deckt sich nicht zwingend mit der Einschätzung anderer Beobachter. Möglicherweise geht es hier um einen massenhaften Straftatbestand.

Das gilt vor allem dann, wenn Vertretungslehrer oder Betreuungskräfte in Ganztagschulen nur pro forma als Selbständige beschäftigt wurden und es sich de facto um weisungsabhängige Angestellte handelte, die keine Sozialversicherungsbeiträge zahlten. Das Arbeitsgericht Hannover hat sich bereits mehrfach mit dem Thema auseinandergesetzt – nicht ausgeschlossen, dass Niedersachsens Schulen (oder die Landeskasse) viele Millionen Euro Sozialversicherungsbeiträge nachzahlen und Verträge entfristen oder neu formulieren müssen.

### **Förster zu Lehrern**

Die von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und vielen ihrer Parteifreunde ausgerufene "Bildungsrepublik" kostet Milliarden, die Bund, Ländern und Kommunen entweder fehlen

oder anderweitig verplant sind. So stehen nicht nur Universitäten und Hochschulen vor stetig wachsenden Problebergen, sondern auch Kitas, Kindergärten und Schulen. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) beobachtet seit geraumer Zeit, wie gerade der Schulbereich "deprofessionalisiert" und vor allem privatisiert wird.

Auf diese Weise lernen die Schülerinnen und Schüler etwa Seiteneinsteiger in den Beruf, Unternehmensvertreter, Ingenieure der Telekom, im öffentlichen Dienst überflüssige Förster, die "Teach-First-Fellows", Bildungspaten, -coaches und -lotsen, prekäre Beschäftigte, Mini-Jobber, Ehrenamtliche und neuerdings Jugendoffiziere der Bundeswehr kennen.

GEW: Privatisierungsreport 12

Nicht einmal die zu Pädagogen umfunktionierten Wald- und Wildhüter gehen als ironische Übertreibung ewig nörgelnder Gewerkschafter durch, denn "Förster zu Lehrern" ist als berufsorientierende Maßnahme ein Teil des Hessischen Zukunftssicherungsgesetzes. Folgerichtig darf sich auch die Bundeswehr berufen fühlen, mit 94 Jugendoffizieren ihren Teil zur politischen Bildung nachfolgender Generationen beizutragen.

Ob in Afghanistan, im Kosovo oder am Horn von Afrika – Konflikte, die uns weit weg erscheinen, beeinflussen auch unser Leben. Die Jugendoffiziere der Bundeswehr helfen Schülern, diese komplexen Zusammenhänge zu verstehen. Sie sind methodisch-didaktisch ausgebildet und bieten einen schülergerechten Unterricht.

Bundesministerium der Verteidigung: Schulbesuche – Jugendoffiziere im Klassenzimmer

Der Zuständigkeitsbereich des Ministers Althusmann taucht im GEW-Report, der bereits im Mai 2011 veröffentlicht wurde, unter der Überschrift "Illegale Verträge in Niedersachsen" auf. Die schwarz-gelbe Landesregierung verfolgt demnach seit 2004 ein rigides Sparprogramm, das den Ganztagschulen lediglich ein schmales Budget für zusätzliches Personal zur Verfügung stellt. Die Einrichtungen seien dadurch geradezu gezwungen, "fragwürdige Verträge mit externen Kräften abzuschließen".

Doch im rot-grün regierten Bremen sah es lange Zeit nicht besser aus. In den Schulen arbeiten rund 1.000 externe Beschäftigte, viele von ihnen als Minijobber weit außerhalb eines sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisses.

Erst im Februar 2011 gelang es dem "Personalrat Schulen" die Bedingungen für die Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter deutlich zu verbessern, in dem eine Dienstvereinbarung mit Bildungssenatorin Renate Jürgens-Pieper geschlossen wurde. Neben dem Prinzip "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" soll nun ein Recht auf Aufstockung gewährt und der unbefristete Arbeitsvertrag mit Sozialversicherungspflicht der Regelfall werden. Ein grundlegendes Bekenntnis zur kleinen Bildungsrepublik an der Weser war damit allerdings wohl nicht verbunden. Jürgens-Pieper will oder soll ihren Etat noch einmal um 1,2 Prozent senken, Stundenkürzungen und die Anhebung der Pensionsgrenze sorgen für zusätzlichen Unmut. Petra Lichtenberg, der Vorsitzenden des Personalrats, blieb nicht lange Zeit, um sich über den Abschluss der Dienstvereinbarung zu freuen: "Seit 1995 sind 1000 Lehrerstellen abgebaut worden – obwohl sich die Schülerzahlen seitdem kaum verändert haben."

### **Honorarkräfte in Hamburg und 400-Euro-Jobber in Bayern**

Im Januar 2011 interessierte sich Ties Rabe, SPD-Abgeordneter in der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, bereits brennend für das Thema Honorarkräfte an Hamburger Schulen - vornehmlich mit Blick auf die sich abzeichnenden Rechtsstreitigkeiten im benachbarten Niedersachsen. Zwei Monate später wurde Rabe selbst Senator für Schule und Berufsbildung und möchte seitdem noch genauer wissen, "wie Lernförderung organisiert werden kann, damit sie über Honorarkräfte laufen kann".

Seriöse Honorarverträge sind ein sinnvolles Mittel und sollen auch künftig eingesetzt werden, um den schulischen Ganztagsbetrieb zu ergänzen und Nachhilfeunterricht anzubieten. Für eine voreilige Aufkündigung von Honorarverträgen oder einen Stopp

neuer Honorarverträge besteht kein Grund, wenn alle Beteiligten die entsprechenden Regularien einhalten.

Ties Rabe

Der Sozialdemokrat möchte die Honorarkräfte in der Nachmittagsbetreuung oder im Bereich der Nachhilfe einsetzen, doch auch seinen Plänen steht die Deutsche Rentenversicherung im Weg, die an 300 Schulen 2.500 Fälle aus den Jahren 2006 bis 2010 prüfen will. Rabe hat deshalb Fachanwälte mit der Ausarbeitung eines Muster-Arbeitsvertrages beauftragt, um wenigstens in Zukunft Schwierigkeiten aus dem Weg zu gehen.

Die Opposition wittert allerdings bereits Morgenluft. Die Linke mutmaßt eine Förderung von Schwarzarbeit und Sozialversicherungsbetrug seitens der neuen Schulbehörde, während die Union geflissentlich darüber hinwegsieht, dass ihr eigener Parteifreund in Niedersachsen ganz ähnliche Probleme hat und die Zeitspanne 2006 bis 2010 in ihre eigene Regierungszeit fällt.

Obwohl dem Senator die Probleme nach Auskunft seines Sprechers seit Monaten bekannt sind, hat er einen massiven Ausbau des Honorarkräfteinsatzes betrieben, ohne die Schulen oder das Parlament über die Risiken zu informieren und für eine Klärung zu sorgen.

Robert Heinemann, CDU-Abgeordneter in Hamburg und schulpolitischer Sprecher

Der Gesamtpersonalrat für Personal an den staatlichen Schulen (GPR) betrachtet das Thema nicht nur unter dem Aspekt etwaiger finanzieller Risiken für die Schulbehörde, sondern als Teil einer zunehmenden Prekarisierung von Beschäftigungsverhältnissen, die den Betroffenen keinerlei Sicherheiten mehr bieten.

Sie werden willkürlich eingesetzt, besonders in den Schulen. (...) Zum Teil haben die KollegInnen 4 und 5 verschiedene Jobs. So geben sie z.B. am Nachmittag Hausaufgabenhilfe, oder sie beaufsichtigen die Kinder beim Mittagessen und in der Mittagspause. Sie werden auch als Pausenaufsichten eingesetzt oder geben Kurse in Basteln, Musizieren, Selbstverteidigung etc...

Beispiel: Eine Stadtteilschule mit ca. 1.300 SchülerInnen beschäftigt ca. 70 sogenannte Honorarkräfte. Der Stundenlohn für 45 Minuten beträgt zurzeit 15,96 €. Hiervon gehen dann allerdings noch Steuern etc. ab. Abgerechnet werden dürfen nur geleistete Stunden, also wird auch kein Geld bei Erkrankung der Honorarkraft gezahlt. Für die Ferien und Feiertage gilt dasselbe.

GPR: Arm durch Arbeit in Schulen - Prekäre Beschäftigungsverhältnisse

### **"Im Süden lernt es sich am besten" ...**

... sagt die Bertelsmann Stiftung, die bei der Vorstellung ihres Mammutprojektes Deutscher Lernatlas vor wenigen Tagen ein "deutliches Süd-Nord-Gefälle" festzustellen glaubte. In Sachen Ganztagschule unterscheidet sich die Situation allerdings nur insofern von der Lage in Norddeutschland, als die gesamte Schulform von der zuständigen Landesregierung mit Argwohn betrachtet wird.

Klaus Wenzel, der Präsident des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes, hält die vom Kultusministerium bevorzugte Variante offener Ganztagsklassen aber schlicht für eine "Billiglösung".

In offenen Ganztagsangeboten werden die Schüler nachmittags lediglich betreut - häufig von 400-Euro-Jobbern. Sie sind weder pädagogisch geschult, noch bringen sie Erfahrung oder Profession mit. Die Schulleitungen sind auf sie angewiesen, denn ihr Budget ist zu gering, um Fachpersonal rekrutieren zu können. In kleineren Kommunen ist geschultes Personal zudem Mangelware.

Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband

Allerdings gibt es in Bayern schon seit Jahren einen Leitfaden des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus, in dem unzweideutig festgestellt wird, dass eine Honorarkraft weder

weisungsgebunden noch verpflichtet ist, den methodisch-didaktischen Anweisungen der Schulleitung zu folgen. Die Übertragung der Unterrichtstätigkeit vom Lehrpersonal auf Honorarkräfte wird überdies explizit ausgeschlossen.

Justiziable Vorwürfe wird man in diesen Fällen also möglicherweise nicht erheben können. Doch es gibt noch ein paar andere ...

Quelle: <http://www.heise.de/tp/artikel/35/35967/1.html>



Jürgen Amendt

## **GEW-Report zu Bundeswehr und Schule**

Lange Zeit war die Anwesenheit der Bundeswehr an den Schulen kaum ein Thema für die Öffentlichkeit. Besuche von Wehrdienstberatern und Jugendoffizieren gibt es aber schon lange. In den vergangenen Jahren hat das Engagement der Bundeswehr in den Schulen allerdings zugenommen. Durch das Aussetzen der Wehrpflicht sind Schülerinnen und Schüler sowie die Lehrkräfte stärker in den Fokus der Armee gerückt.

Erleichtert wird der Vormarsch der Bundeswehr an Schulen durch so genannte Kooperationsabkommen, die eine Reihe von Bundesländern mit den jeweiligen Wehrbereichskommandos abgeschlossen haben. Die Vereinbarungen regeln die Einbindung der Jugendoffiziere in den schulischen Unterricht sowie die Aus- und Fortbildung von Lehrkräften. In der Folge werben Jugendoffiziere immer häufiger in Form von Vorträgen und Seminaren für die sicherheitspolitischen Ziele ihres Arbeitgebers.

### **Viele sind verunsichert**

Viele Pädagogen, Schüler und Eltern sind verunsichert. Was dürfen die Jugendoffiziere und was nicht? Was sagt die Friedensbewegung zum Unterrichtseinsatz der Offiziere? Wie sieht Friedensbildung in der Schule aus? Der GEW-Report „Einsatzgebiet Klassenzimmer – Bundeswehr und Schule“ beschreibt, wie Jugendoffiziere der Bundeswehr für die sicherheitspolitischen Ziele ihres Arbeitgebers werben, wie bei Schülerinnen und Schülern Interesse für die Bundeswehr geweckt wird. Aber auch, was Schulleitungen, Lehrkräfte und Eltern tun können, wenn sie keine Auftritte der Bundeswehr in ihren Einrichtungen wünschen.

### **Aus dem Inhalt – Beispiele:**

- Eine deutsche Fußballnationalspieler\*in wirbt im Rahmen eines Fußballwettbewerbs für Schülersmannschaften für die Bundeswehr, in der sie als Sportsoldat\*in dient. Beispiel dafür, dass die Bundeswehr auf Plakaten in Bussen, Straßenbahnen, S- und U-Bahnen, verstärkt mit Anzeigen in Zeitungen und über Kinospots Nachwuchs für den Dienst an der Waffe sucht.
- In einer Bundeswehrkaserne in Bayern gibt es am Tag der Offenen Tür für Kinder und Jugendliche eine besondere Attraktion: Über das Zielfernrohr können Minderjährige auf eine nachgebaute Stadt im Miniaturformat schießen. Ähnliche Vorfälle gab es auch in anderen Kasernen.
- „Frieden & Sicherheit“ nennen sich die Unterrichtsmaterialien zur deutschen Sicherheitspolitik, die von der laut Eigendarstellung unabhängigen „Arbeitsgemeinschaft Jugend und Bildung e.V.“ herausgegeben werden. Für Lehrkräfte werden Arbeitsblätter und Übungsmaterialien zu außen- und sicherheitspolitischen Themen für den Unterricht angeboten. Als „fachlicher Partner“ des für die Schulen kostenfreien Unterrichtsmaterials firmiert die Bundeswehr. Die Themenhefte favorisieren zur Lösung internationaler Konflikte militärische Optionen.
- Staatliche Lehrerausbilder organisieren in Baden-Württemberg eine Fortbildungsveranstaltung für Lehramtsanwärter. Seminar-Ort ist eine Bundeswehrkaserne, als Refe-

renten treten Jugendoffiziere der Bundeswehr auf. Offiziell geht es darum, Lehrkräfte über den Unterschied zwischen religiösen und religiös-fundamentalistischen Einstellungen zu informieren. Die Offiziere nutzen das Seminar in einem anderen Sinne: Die angehenden Pädagoginnen und Pädagogen sollen „praxisorientiert und authentisch“ die Armee „als Instrument zur Friedenssicherung“ verstehen lernen.

Aber es gibt auch andere Beispiele: In Berlin erklärt sich eine Schule zur „bundeswehrfreien Zone“. Die Initiative findet bundesweit Nachahmer. Die Schulen berufen sich dabei auf den „Beutelsbacher Konsens“, eine Übereinkunft von Pädagogen aus der Politischen Bildung aus dem Jahr 1976, in dem u. a. festgehalten wurde, dass Schülerinnen und Schüler im Unterricht politisch weder einseitig informiert noch indoktriniert werden dürfen.

**GEW-Report „Einsatzgebiet Klassenzimmer – Bundeswehr und Schule“**  
Einzelbestellungen zum Preis von einem Euro unter [broschueren@gew.de](mailto:broschueren@gew.de);

[http://www.gew.de/GEW-Report\\_zu\\_Bundeswehr\\_und\\_Schule\\_erschiene.html](http://www.gew.de/GEW-Report_zu_Bundeswehr_und_Schule_erschiene.html)



Christiane Hennrich

## Wenn Eltern „Billigbildung“ den Kampf ansagen!

Wäre es nicht schön, es gäbe eine Bildungspolitik, die sich an der Förderung von Kindern und Jugendlichen orientiert und nicht ausschließlich am stetig schrumpfenden Finanzbudget? Sich dies vorzustellen, geht unter gegebenen Umständen nur mit viel Phantasie. Wie sehen die tatsächlichen Begebenheiten aus? Die Regierung spart, Kinder und Eltern zahlen, im wahrsten Sinne des Wortes! Das Bildungssystem fordert ohne zu fördern, den Forderungen gerecht zu werden bleibt einzig und allein den Schülern und Eltern überlassen. Generell lässt sich dies an der derzeitigen Mangelwirtschaft in allen Schulzweigen erkennen. Die Gymnasien z.B. doktern weiterhin an der Umsetzung der G8-Krankheit und versuchen die Inhalte, der immer noch zu vollen Lehrpläne, mit einer Unterbesetzung an Lehrpersonal (zu erwähnen ist, dass mittlerweile sogar ungeschulte Eltern unterrichten), an den Mann, bzw. Schüler zu bringen.

Der „Kreativität“ unserer derzeitigen Bildungsministerin bei dieser Mangelverwaltung scheinen keine Grenzen gesetzt zu sein!

Als aktuelles Beispiel des Sparwahns, ist die Reduzierung eines Jahrgangs von vier auf drei 9.Klassen anzuführen, so geschehen in einem hessischen Gymnasium. Bei 100 Kindern des Jahrgangs wären 4 Klassen erhalten geblieben, jedoch bei 99 lässt es sich, laut zuständige Behörden, nicht vermeiden eine Klasse mit 21 Schülern aufzulösen und auf die anderen bestehenden Klassenverbände zu verteilen. Endergebnis: „Klassenstärken über 30 Schüler, in viel zu kleinen Räumlichkeiten“.

Schulleitung Schulamt und Kultusministerium, waren für uns Eltern die obligatorischen Anlaufstellen, um unseren Unmut zu äußern und um evtl. eine Kehrtwende herbei zu führen. Doch anstatt auf Einsicht und Vernunft zu treffen, wurden wir in ein allseits beliebtes politisches Ping- Pong- Spiel verwickelt. Die Spielregeln sind in ihrer Struktur ganz einfach: die Verantwortung für unannehmbare Vorkommnisse in der Welt der Bildung wie auch anderen Orts, trägt immer der jeweils andere. Ist es nicht das Schulamt, dann ist es das Kultusministerium und sind die nicht bereit gerade zu stehen, dann ist es eben die Bildungspolitik im allgemeinen und wenn das ebenfalls nicht ausreicht um Eltern ruhig zu stellen, dann spielt man den Ball zurück an die Schulleitung, denn diese hätte, laut Schulamt, ja anders gekonnt wenn sie nur wollte!

Laut hessischer Verordnung existiert eine Regelung welche ein Abweichen von den Höchstwerten bei der Klassenbildung aus „besonderen Gründen“ ermöglicht. Allerdings gibt es keine Liste der „besonderen Gründe“! Es existiert ein Ermessensspielraum! Dieser Spielraum steht aber nur auf dem Papier. Ermessensspielräume kosten Geld, würden zu mehr Lehrper-

sonal und kleineren Klassen führen und wer will das schon, abgesehen von Schüler, Eltern und Lehrern.

Durch das Kultusministerium wurden wir darauf hingewiesen, dass andere Gymnasien genau die gleichen Probleme hätten und unsere Schule könne bei der Klassenbildung nicht anders als alle anderen behandelt werden. Wie jetzt? Genauso gut, oder genauso schlecht? Seitens des Ministeriums meinte man sogar, eine Zuweisung einer weiteren 9.Klasse würde zu Lasten anderer Schule gehen. Was heißt eigentlich „Zuweisung einer weiteren Klasse“? Diese Klasse samt Lehrern und den entsprechenden Stundenzuweisungen existierte doch schon und die Schulen gegeneinander auszuspielen, ist auch eine Methode mit Problemen umzugehen! So werden wenigstens alle gleich schlecht gestellt.

Laut FDP müsse man nur Geduld aufbringen und man versprach uns eine sukzessive Verkleinerung der Schulklassen bis Ende der Legislaturperiode. Nur seltsam, dass die aktuell verabschiedete Verordnung wieder eine Klassenhöchstgrenze von 30 Kinder in den Jahrgangsstufen 5 – 10 bis ins Jahr 2016 in Gymnasien und Realschulen erlaubt, zu beachten ist auch die Überschreitungsregel, die bis zu 3 Kindern zusätzlich laut § 4 bis ins Jahr 2014 legalisiert. Bemerkenswert war auch, dass wir stetig eine veraltete Verordnung aus dem Jahre 1992 unter gejubelt bekamen, obwohl eine aktuelle Version schon im Anschlag war. Diese neue ist zwar genauso schlecht wie die alte, doch sollte man zumindest eine korrekte und transparente Information erwarten können.

Dieses Verhalten zeigt deutlich welcher Umgang mit Eltern gepflegt wird. Wir werden getäuscht und ich unterstelle, bewusst an der Nase herum geführt. Auch lässt es sich mit gesundem Menschenverstand nicht nachvollziehen, dass der Argumentation, die Kinder seien durch G8 mehr als genug belastet, keinerlei Beachtung geschenkt wird. Als Elternbeirätin wurde ich schriftlich vom Kultusministerium darauf hingewiesen, G 8 stelle keine besondere Ausnahmesituation dar, schließlich sei dies die Regelform der Gymnasien. Laut aktueller Vergleichstests (welche immer das auch sein mögen) brächten G8- Schüler genauso gute Leistungen wie G9- Schüler.

Um das Ganze zu toppen werden veraltete und fragwürdige Studien herangezogen, deren Inhalte aufzeigen sollen, dass die Klassenstärke nicht über den Lernerfolg entscheide. Da kommt mir ein Zitat aus einem Elternbrief in den Sinn, in dem geschrieben steht: „Damit vergleichbar, könnte ein Anderer behaupten, dass Fahrradfahren ohne Helm nicht gefährlicher sei als mit Helm, weil er viele kenne, die einen Fahrradunfall ohne Helm unverletzt überstanden hätten“.

Schon traurig das der Gedanke bezüglich der Klassenstärke immer erst dann relevant ist, wenn Störungen im Lernprozess auftauchen. Der ein oder andere Lehrer mag seiner Ansicht nach mit einer größeren Anzahl von Schülern zurechtkommen, was es aber für die Schüler bedeutet in solchen Riesengruppen zu arbeiten, zu leben und sich zu artikulieren, kurz gesagt die überwiegende Hälfte des Tages zu verbringen, wird kaum bis gar nicht aus pädagogischer Sicht thematisiert. Lehrer sollten sich zu dem gewahr werden, dass sie selbst ein Teil des Gruppengeschehens sind und somit die Gruppe nicht nur von außen betrachten dürfen, sondern sich als ein Bestandteil der Gruppe bewusst werden, um den Blickwinkel von „innen“, also aus der Perspektive der Schüler, zu begreifen. Es wird einfach zu wenig „laut“ darüber nachgedacht wie das Lernen in Gruppen funktioniert!

Uns Eltern hält man dazu an, zum Wohle unserer Kinder das Beste aus der Situation zu machen. Wir sollen Zusammenfügen, unterstützen, helfen zu integrieren, wo immer es nötig ist. Einem Schreiben von Bildungsministerin Henzler zu Folge, ist trotz der Umstände eine optimale Förderung gewährleistet. Wohl ein kleiner Scherz am Rande, wenn man die Schüler optimal fördern wollte, würde man auf die Anliegen der Schüler und Eltern eingehen. Ich wiederhole es immer wieder gerne, leuchtet doch jedem Laien ein, dass zur optimalen Förderung kleine Klassen, ausreichendes Lehrpersonal und ein angepasstes Lernumfeld erforderlich sind.

Tendenziell ist dieses Lernumfeld derzeit nur in manchen staatlich geförderten Privatschulen zu finden und trägt letztendlich zur Förderung unserer „Ellenbogengesellschaft“ bei. Wer über die nötigen finanziellen Mittel verfügt, kann sich „exklusive“ Bedingungen erkaufen.

Ich darf noch mal zusammenfassen: „Wir, die in diesem Beispiel aufgezeigten Eltern, sollen diejenigen sein, welche Förderung und Fortkommen, somit die ganze Entwicklung unserer Kinder behindern, ja sogar vereiteln. Eben bockige Eltern, die sich weigern die Gegebenheiten anzunehmen, Behörden und Schulleitung zur Last fallen.“

Aktive Eltern? Gerne, jedoch nur bis zu einem gewissen Grad und gemäßigt. Zeitlich begrenzt und bitte nicht lästig fallen durch Unarten wie Unterschriftenaktionen, Nachfragen, Gegenargumentation, oder gar einem Aufruf zum Streik!

Diese Hartnäckigkeit wirkt, z.B. auf das Kultusministerium nebst Schulamt, ich zitiere: „lächerlich und schadet dem guten Ruf der Schule“.

Wer glaubt ich hätte das erfunden, den muss ich leider enttäuschen, genau das durfte ich in meiner Rolle als Mutter und Elternbeirätin erfahren. Elternvertreter die sittsam eine Klassenkasse führen, zum Elternabend einladen und der Schule ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen, sind gute Elternvertreter!! Alle anderen sind Denunzianten und Quertreiber. Um es aus der Sicht der Schulleitung, Schulamt und Co. zu formulieren: „Ich finde ihr Engagement gut, aber.....und ist es nicht bedauerlich, wenn man so viel Zeit und Energie aufwendet für Nichts“?

Danke kann ich all denen sagen, die sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten für unsere Sache eingesetzt haben. Insbesondere möchte ich Landtagsabgeordnete Barbara Cardenas von der Linksfraktion erwähnen, die mir abschließend den Weg einer Petition eröffnete um im Landtag die Problematik zum Thema zu machen.

Wir haben es kapiert, die Message ist angekommen! Laut HKM wird es, bei allem Verständnis für die Situation der Schüler und Eltern, keine Ausnahmeregelung geben können und das Schulamt hält eine weitere Auseinandersetzung um Klassenbildung für „abträglich“. Aus dieser Bildungspolitik ergibt sich null Spielraum für eine aktive Gestaltung von Fördermaßnahmen an den Schulen. Meiner Ansicht nach sollte die Auseinandersetzung mit unserem desolaten Bildungssystem an allen Fronten beginnen, dann bestimmen wir vielleicht zukünftig was „abträglich“ ist und was nicht.

Quelle: Nachdenkseiten, 15.12.2001



Brigitte Schumann

## **Der Gemeinsame Unterricht in den weiterführenden Schulen verfehlt ohne Steuerung und Implementationsstrategie das Ziel der Inklusion**

**Die Erkenntnis, dass sich mit der Gliedrigkeit in der Sekundarstufe in allen Bundesländern Barrieren für ein diskriminierungsfreies gemeinsames Lernen von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderungen auf tun, ist eigentlich nicht neu. Aktuelle wissenschaftliche Untersuchungen mit Bezug auf NRW enthalten jedoch Problemanzeigen und Empfehlungen, die endlich Anlass für alle Bundesländer sein sollten, die Praxis des gemeinsamen Lernens in den weiterführenden Schulen unter dem Inklusionsgebot der UN-BRK gründlich unter die Lupe zu nehmen und bildungspolitische Weichen für eine inklusive Unterrichts- und Schulentwicklung zu stellen.**

Im Schuljahr 2009/10 wurden laut Gutachten der Professoren Klemm und Preuss-Lausitz in NRW lediglich 12,3 % der Kinder mit Behinderungen (ohne Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung) in den weiterführenden Schulen unterrichtet. Die meisten von ihnen waren den Hauptschulen zugeordnet, danach folgten die Gesamtschulen. Dagegen hatten nur 4 % der Kinder mit Behinderungen eine Aufnahme an einer Realschule und 2 % einen Zugang zu einem Gymnasium gefunden. Die äußerst dürftige Beteiligung der Gymnasien und Realschulen und die höchste Beteiligung der Hauptschulen an der Unterrichtung von Schülerinnen und

Schülern mit Behinderungen entsprechen in der Tendenz den bundesdurchschnittlichen Ergebnissen.

Wie eine Abfrage bei den Bezirksregierungen in NRW jetzt ergab, setzt sich diese problematische Entwicklung auch zum Schuljahr 2011/12 ungebrochen fort. Beispielhaft zeigt sich das im Regierungsbezirk Münster. 25 Schulen haben in diesem Schuljahr erstmalig Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen aufgenommen. Unter den Schulen, die an den Start gegangen sind, befinden sich wieder 16 Hauptschulen, jedoch nur 3 Realschulen und 1 Gymnasium. Zu den weiteren 5 Schulen gehören Gesamtschulen/ Gemeinschaftsschulen und Verbundschulen.

### **Implementation des Gemeinsamen Unterrichts steuern**

Klemm und Preuss-Lausitz haben in ihrem Gutachten „Auf dem Weg zur schulischen Inklusion in NRW“ dazu kritisch Stellung bezogen. Sie empfehlen: „Die ungleiche Verteilung der Kinder mit Behinderungen auf die Schulformen der Sekundarstufe I sollte gemindert werden – insbesondere in den Regionen, wo die Übergangsquoten der Grundschulabgänger in die Hauptschulen bereits zusammengebrochen sind und weiter abschmelzen werden.“

Die Implementierung von Gemeinsamen Unterricht braucht eine bildungspolitische Steuerung von oben und darf nicht länger dem freien Spiel der Kräfte vor Ort überlassen werden. Mit der UN-Konvention ist der politische Druck auf die kommunalen Schulträger, die Fortsetzung des gemeinsamen Lernens in den weiterführenden Schulen nach der Grundschule zu ermöglichen, überall gewachsen. Auf der Suche nach Schulen bieten sich den Schulträgern die Hauptschulen zumeist freiwillig an. Sie sehen darin ihre Chance, bei rückläufigen Schülerzahlen ihren Bestand mindestens vorübergehend zu sichern. Da die Schulträger das Freiwilligkeitsprinzip hochhalten, weil damit auch Konflikte mit unwilligen Schulen anderer Schularten vermieden werden, erhalten Hauptschulen den Zuschlag.

### **Mit Unterstützung gegen Deformation des Gemeinsamen Unterrichts**

So planlos wie die Suche nach Schulen ist auch der Start in vielen Schulen. Bettina Amrhein hat in ihrer 2011 veröffentlichten empirischen Analyse der „Inklusion in der Sekundarstufe“ einen erschreckenden Mangel an Unterstützungsleistungen für die weiterführenden Schulen in NRW vorgefunden, die Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf aufgenommen haben. Verbindliche vorbereitende und begleitende Fortbildungen für Lehrerinnen und Lehrer wie für Schulleitungen als „Startpaket“ für die Schulen, die sich auf den Weg machen, sind bislang noch nicht landesweit entwickelt worden.

Amrhein stellt auf der Basis ihrer Befragungen eine höchst problematische Praxisentwicklung und eine „Deformation integrativen Lernens“ fest. Diese vollzieht sich über eine Anpassung der neuen Anforderung an die institutionellen Vorgaben in den weiterführenden Schulen. Gefangen in der Paradoxie von Auslese und Integration und ohne hinreichendes Wissen über angemessene didaktische und methodische Konzepte reduzieren Lehrkräfte die gemeinsamen Lernsituationen im Unterricht häufig auf das Maß, das sie persönlich noch für machbar halten. Folglich dominieren Formen der äußeren Differenzierung. Berufszufriedenheit zeigen noch am ehesten die Lehrkräfte, die „relativ isoliert, und losgelöst vom Rest der eigenen Schule, aber unter hohem persönlichen Einsatz“ die Integrationsarbeit leisten. Amrhein weist nach, „dass die Lehrkräfte momentan in ausweglose Schulentwicklungsprozesse geschickt werden, die viel Kraft kosten, Ressourcen binden, aber für keinen tiefgreifenden Wandel und somit nicht zu einer Optimierung der Lernsituation aller Schüler sorgen können“.

### **Das System an den Gemeinsamen Unterricht anpassen – Widersprüche bearbeiten**

Auf diese paradoxe Situation beziehen sich auch die Gutachter Klemm und Preuss-Lausitz, wenn sie „auf dem Weg zu Inklusion“ als Teil einer Implementationsstrategie eine systematische Überprüfung aller Verordnungen unter Inklusionsgesichtspunkten empfehlen. Die derzeit noch unterschiedlichen Unterrichtsvorgaben für zielgleich und zieldifferent lernende Schülerinnen und Schüler sollten für den Gemeinsamen Unterricht so zusammengeführt werden, „dass einerseits die allgemeinen (Mindest-) Lernziele, andererseits die davon abweichenden individuellen Lernziele“ ermöglicht werden. Sie empfehlen, die undifferenzierte

starre Leistungsbewertung mit sechs Ziffernzensuren durch eine kompetenzorientierte Bewertung in Verbindung mit der Information über die individuelle Lernentwicklung zu ersetzen. Portfolios sollten als Grundlage für Entwicklungsgespräche und Förderpläne dienen und Selbstbewertungen ermöglichen.

Als unvereinbar mit dem Ziel der Inklusion sind aus ihrer Sicht Rückstellungen, Klassenwiederholungen und Abschulungen. Tatsächlich wird mit dem bildungspolitischen Verzicht auf diese Selektionsmaßnahmen der entscheidende Schritt zur Auflösung der paradoxen und paralysierenden Situation für Lehrerinnen und Lehrer im Gemeinsamen Unterricht getan. Der allererste Schritt auf dem Weg zur Inklusion beginnt nicht mit der Aufnahme von Kindern mit Behinderungen. Er beginnt damit, dass Schulen die Verantwortung für das Lernen ihrer Schülerinnen und Schüler übernehmen, die sie einmal aufgenommen haben, und diese individuell in ihrer Lernentwicklung unterstützen.

Dr. Brigitte Schumann  
[ifenici@aol.com](mailto:ifenici@aol.com)

Quelle: <http://forum-kritische-paedagogik.de/start/?p=229>



IGMetall-Jugend

## **Abitur oder Berufsausbildung - was ist mehr wert? Mehr Anerkennung für berufliche Bildung**

01.11.2011

Wer in Europa ab kommendem Jahr eine Qualifikation erhält, wird über den sperrigen Begriff Europäischer Qualifikationsrahmen (EQR) stolpern. Der EQR soll Bildungswege vergleichbar machen. In Deutschland ist der Streit über die Umsetzung neu entbrannt. Die IG Metall hält es für unverantwortlich, dass betriebliche Ausbildungsabschlüsse schlechter gestellt werden als das Abitur.

Der Europäische Qualifikationsrahmen soll in den EU-Ländern umgesetzt werden. In Deutschland sorgt dafür der Deutsche Qualifikationsrahmen (DQR). Er sieht acht Bildungsniveaus vor, denen Qualifikationen zugeordnet werden. Hintergrund ist die Absicht, jungen Leuten künftig europaweit einheitliche Bildungspässe auszustellen. Das soll Mobilität erleichtern und Karrierewege öffnen. Mit der europaweiten Vergleichbarkeit von Bildungsabschlüssen soll es zum Beispiel einfacher werden, einen Job im Ausland aufzunehmen.

### **Start des DQR ab 2012**

Die Kultusminister der Länder haben beschlossen, dass das Abitur und Fachabitur im geplanten Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR) auf Stufe fünf der achtstufigen Skala angesiedelt wird. Eine Lehre soll dagegen geringer eingestuft werden. Nach jetzigem Stand werden die zweijährigen Ausbildungsberufe der Stufe drei zugeordnet, die drei und dreieinhalbjährigen Berufe der Stufe vier. Die Kultusminister argumentieren mit der Besonderheit des deutschen Bildungssystems, das über das Abitur den Weg zum Studium eröffnet. In anderen Ländern sind dagegen noch Eingangsprüfungen üblich. Die Einstufung von Bildungsabschlüssen auf der achtstufigen Skala wird ab 2012 relevant. Ab diesem Zeitpunkt werden alle Bildungszertifikate wie der Facharbeiterbrief oder das Abiturzeugnis den Hinweis auf den DQR enthalten und den Abschluss einer Niveaustufe des DQR zuordnen.

Die IG Metall hat den Beschluss der Kultusministerkonferenz jedoch entschieden zurück gewiesen und mehr Anerkennung für die berufliche Bildung gefordert. Auch bei Wirtschaftsverbänden und der Bundesregierung stößt die Entscheidung auf einmütige Ablehnung. Abitur und dreijährige Berufsausbildung müssen innerhalb des Deutschen Qualifikationsrahmens DQR auf eine Stufe gestellt werden, sagte Bundesbildungsministerin Annette Schavan. "Ich setze mich dafür ein, dass die dreijährige Berufsausbildung - etwa zum Mechatroniker, Optiker oder zu den Gesundheitsberufen - auf die gleiche Stufe kommt wie das Abitur", so Schavan.

### **Angriff auf die duale Berufsausbildung**

Die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung wollen - außer den Kultusministern - eigentlich alle, angefangen vom DIHK und dem Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDK) bis hin zu den Wirtschaftsministern der Länder. Sie werten die Entscheidung, das Abitur höher einzustufen als die meisten Berufsabschlüsse, als Generalangriff auf die duale Berufsausbildung. Wenn der Großteil der Ausbildungsberufe unterhalb der allgemeinen Hochschulreife eingeordnet wird, droht der dualen Berufsausbildung ein massiver Attraktivitätsverlust.

Die Position der IG Metall und der anderen DGB-Gewerkschaften ist in der Sache eindeutig: Sie lehnen die Höherbewertung des Abiturs ab und fordern eine Überarbeitung des DQR. Bildungsexperte Klaus Heimann dazu: "Was da in Berlin im Namen des Kulturföderalismus beschlossen wurde, ist unverantwortlich. Und dies auch noch unter dem Deckmäntelchen der Gleichwertigkeit verkaufen zu wollen, ist schlicht eine Unverschämtheit."

Quelle: <http://www.igmetall.de/cps/rde/xchg/internet/style.xsl/jupo-abitur-oder-berufsausbildung-was-ist-mehr-wert-8905.htm>



Anna Lehmann

### **Streit um Bildungsabschlüsse**

## **Geselle vs. Abiturient? Wer kann mehr?**

Alle Abschlüsse sollen künftig europaweit vergleichbar gemacht werden. Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften streiten, ob das Abitur mehr Wert ist als eine Lehre.  
von Anna Lehmann

BERLIN *taz* | Der Schrank im Pausenraum der Tischlerei Blisse & Sohn schlängelt sich über drei Wände. So etwas sollte eine Gesellin nach ihrer Lehre konstruieren können, meint Meister Jan Diede- rich. Zum Fächerkanon eines bayerischen Abiturienten gehören Mathe, Naturwissenschaften, Fremdsprachen und Deutsch. Er hat auch gelernt, sein Wissen zu präsentieren und kann sich in andere Gebiete einarbeiten, erläutert Heinz-Peter Meidinger, Gymnasialdirektor.

Wer kann mehr? Darum streiten derzeit heftig Wirtschaft, Gewerkschaften und Kultusminister. Die Minister werden nun erst einmal auf ihrer Sitzung am 8. Dezember beraten, wie sie mit den anderen Parteien wieder ins Gespräch kommen, denn derzeit ist die Kultusministerkonferenz (KMK) mit allen verkracht. Sowohl Gewerkschaften als auch der Zentralverband des Handwerks (ZDH) haben die Einladung der KMK für diesen Donnerstag höflich abgesagt.

Sie müssen sich jedoch auf ein Raster einigen, das alle Abschlüsse auf einer Skala von 1 bis 8 ein- ordnet. Dieser Deutsche Qualifikationsrahmen (DQR) soll nächstes Jahr Teil des Europäischen Quali- fikationsrahmen werden. Auf jedem Zeugnis ist dann das erreichte Niveau vermerkt. Arbeitgeber sol- len so leichter feststellen, was ein Bewerber kann.

### **Ein Abiturient, der ein Team leitet?**

Krach gibt es um den Stellenwert von Abitur und Lehre. Die Kultusminister hatten im Oktober be- schlossen, das Abi auf Stufe 5 des DQR zu heben. Damit liegt es aber über den beruflichen Ausbil- dungen, die sich auf die Stufen 3 und 4 verteilen.

Niveau 4 schließt nach DQR ein vertieftes Allgemein- oder Fachwissen ein und die Fähigkeit, im Team zu arbeiten. Absolventen auf Niveau 5 sind dagegen in der Lage, Arbeitsprozesse zu planen und andere anzuleiten. Ein Abiturient, der ein Team leitet? Nach Ansicht Otto Kentzlers, ZDH- Präsident, gehören berufliche Bildungsabschlüsse und Abitur beide auf Stufe 4. Kentzlers Verband koordiniert den Qualifikationsrahmen federführend für die Wirtschaft.

Einig sind sich die Arbeitgeber auch mit den Gewerkschaften. Zusammen mit DGB-Chef Michael Sommer hat Kentzler an alle Kultusminister appelliert, "der dualen Berufsausbildung den ihr gebüh- renden Platz im DQR einzuräumen". Sprich das Abitur abzustufen. Sonst befürchte man einen massi- ven Attraktivitätsverlust der Ausbildung.

## Minister lassen sich nicht beirren

Davon haben sich die Minister bisher aber nicht beirren lassen. "Das Abitur hat im europäischen Vergleich eine Sonderstellung: Es ermöglicht ein Hochschulstudium ohne gesonderte Zugangsvoraussetzung", sagt Udo Michallik, KMK-Generalsekretär.

Damit folgt die KMK den Empfehlungen der Gymnasiallobby. Schuldirektor Meidinger, auch Vorsitzender des Deutschen Philologenverbands, geht es vor allem um die herausgehobene Stellung des Abiturs gegenüber dem französischen Baccalauréat oder dem englischen A-Level: "Das Abitur ist anders konstruiert, es umfasst mehr Fächer und Fremdsprachen." Die duale Ausbildung wolle man dabei nicht herabsetzen. Die Arbeitgeber sollten einfach Lehrberufe ebenfalls auf Stufe 5 heben.

Damit liebäugeln auch die Kultusminister, die einen Kulturkampf zwischen Abitur und Lehre vermeiden wollen. Der Handwerksverband warnt aber, mit diesem Sonderweg die europäischen Nachbarn zu brüskieren, die ihre Schul- und Berufsabschlüsse bis Stufe 4 verorten. Der Verband hat angeregt, dass das Bildungsministerium (BMBF) alle Partner im Januar zu einem Treffen einladen soll. Dem würde man sich nicht verschließen, heißt es dazu aus dem BMBF. Bis spätestens September 2012 müssen sich die Partner geeinigt haben.

Für Ausbilder Diederich ist es unerheblich, welchen Abschluss ein Bewerber hat. "Entscheidend ist, dass jemand motiviert ist." Mit Abiturienten habe man da eher schlechte Erfahrungen gemacht: "Die sind nicht teamfähig. Viele denken, sie sind was Besseres."

Quelle: taz vom 8.12.2011

Ralf Heß

## Prädikat: Nicht ausbildungsreif

**Nach einer Untersuchung der IHK soll rund die Hälfte der Jugendlichen nicht ausbildungsreif sein. Die Unternehmen tragen ihren Teil zu dieser Misere bei.**

Für Jugendliche heutzutage scheint es ein Leichtes zu sein, eine passende Lehrstelle zu finden. Die Unternehmen klagen über einen Fachkräftemangel, und um die zukünftigen neuen Mitarbeiter ist ein regelrechter Kampf entbrannt. So zumindest scheint es, wenn in den Medien über das berichtet wird, was derzeit auf dem Ausbildungsmarkt passiert. Doch neben den gut ausgebildeten Abiturienten oder Universitätsabsolventen gibt es noch eine ganze Reihe von Jugendlichen, die sich immer noch auf der Suche nach einer geeigneten Lehrstelle befinden.

Nicht ausbildungsreif lautet häufig die Bewertung. Wer jedoch genauer hinsieht, stellt schnell fest, dass auch die Unternehmen ihren Teil zu dieser Ausbildungsplatzmisere beitragen. Denn in den letzten Jahren wurden die Anforderungen an die Jugendlichen immer weiter in die Höhe geschraubt, so lange, bis sie von einem Teil der jungen Menschen einfach nicht mehr erfüllt werden konnten.

### Die geeigneten Bewerber

Viele Unternehmen, so die Klage, hätten zwar eine ganze Reihe an Ausbildungsplätzen zu besetzen. Allerdings finden sie immer häufiger keine geeigneten Bewerber. Die Klagen der Personalchefs weisen auf ein durchaus ernst zu nehmendes Problem hin, das sich auch in den Statistiken der Bundesanstalt für Arbeit (BA) widerspiegelt.

Im September dieses Jahres mussten 29.700 Ausbildungsplätze unbesetzt bleiben. Allerdings sind im selben Zeitraum immer noch 18.000 Jugendliche ohne einen geeigneten Ausbildungsplatz geblieben. Ganz offensichtlich muss es ein Problem mit der Jugend geben. Denn anders scheint diese Diskrepanz nicht erklärbar zu sein.

Ein Großteil der Jugendlichen verfüge nicht einmal über grundlegende schulische Fähigkeiten, heißt es oft. Allein in der Region Kassel soll rund die Hälfte der Jugendlichen nicht ausbildungsreif sein. Martin Wansleben, Hauptgeschäftsführer der DIHK, sagte kürzlich: Die Unzufriedenheit mit der Leistungsbereitschaft, der Belastbarkeit und der Disziplin mancher Schulabgänger steigt seit 2006 kontinuierlich an.

## **Die anderen Schwierigkeiten mit den Bewerbern**

So das Ergebnis einer Umfrage unter den hessischen Unternehmern. Doch neben diesen fachlichen Vorwürfen an den Nachwuchs scheint es zumindest in einigen Köpfen auch andere Schwierigkeiten mit den jungen Leuten zu geben. Die baden-württembergische Integrationsministerin Bilkay Öney (SPD) sagt: "Jeder vierte Baden-Württemberger hat ausländische Wurzeln. Unter den Jugendlichen ist es sogar jeder Dritte." Sie sehe bestehende Vorurteile als Vermittlungshemmnis.

Bei ihrer Analyse wird die Integrationsministerin vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) in Bonn bestätigt. So hat eine Befragung des BIBB ergeben, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund bei Einstellungsentscheidungen offenbar mit solch starken Vorbehalten konfrontiert sind, dass sich ihre Chancen auf einen Ausbildungsplatz aufgrund ihrer Herkunft erheblich verringern. Kein Wunder also, dass ein Teil der offenen Stellen nicht besetzt werden kann, wenn klar ist, dass Bewerber ausgesiebt werden, weil sie Türken oder Araber sind.

Die Soziologin Heike Solga an der Freien Universität Berlin sieht das Hauptproblem allerdings weniger in den Vorbehalten gegenüber Ausländern auf Seiten der Unternehmen. In einem Interview sagte Solga, dass sich die Betriebe seit langer Zeit darauf eingestellt hätten, dass sie es mit jungen Erwachsenen zu tun hätten. Diese jedoch verfügten über ein deutlich höheres Vorbildungsniveau als ihre jüngeren Konkurrenten von den Hauptschulen. Die Unternehmen müssten sich in der Zukunft auf mehr Bewerber mit einer geringeren Qualifizierung einstellen, so Solga.

## **Die Anforderung der Lehrmeister...**

Eines der Hauptprobleme scheint daher in den deutlich gestiegenen Anforderungen der Lehrmeister zu liegen. "Die Ausbilder müssen sich darauf einstellen, dass sie den Berufsschülern mehr beibringen müssen", so Solga. Die Meister in den Betrieben können, wenn sie weiterhin gut ausgebildete Fachkräfte haben wollen, nicht mehr einfach darauf vertrauen, dass ein Großteil der Ausbildung von den Schulen übernommen werde.

Auch das immer wieder vorgebrachte Argument, bei den übrig gebliebenen Jugendlichen ohne einen Ausbildungsplatz handele es sich um den "Bodensatz der Gesellschaft", mithin um ein Problem, das nicht innerhalb der Unternehmen zu lösen sei, lässt sich bei genauerer Untersuchung nicht halten.

Denn es ist zwar richtig, dass derzeit nur etwa 18.000 Jugendliche ohne einen Ausbildungsplatz dastehen. Darüber hinaus allerdings befinden sich noch zusätzlich etwa 180.000 Jugendliche in der Warteschleife, weil sie ebenfalls keinen der begehrten Plätze ergattern konnten. Diese Gruppe wird in der Statistik jedoch nicht gezählt, da sie sich in berufsvorbereitenden Maßnahmen befindet und somit nach offizieller Lesart gar nicht auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz ist. Bei einem großen Teil dieser Jugendlichen handelt es sich sicherlich nicht nur um den immer irgendwie übrig bleibenden "Rest der Gesellschaft".

## **...und die Bereitschaft der Unternehmer**

Dazu gehört auch ein großer Teil von jungen Menschen, die für ihre schulische und persönliche Entwicklung noch etwas mehr Zeit brauchen. Wenn die Unternehmen allerdings nicht bereit sind, diesen Menschen Zeit zu geben, ist dies auch einer der Gründe dafür, dass am Ende ein Facharbeitermangel herauskommt.

Wenn die Unternehmen in Deutschland weiterhin an gut ausgebildete Fachkräfte herankommen möchten, werden sie sich darauf einstellen müssen, dass sie in deren Ausbildung mehr investieren müssen. Das Argument, die Jugend sei nicht ausbildungsreif, ist aus dieser Sicht nur vorgeschoben und entlässt die Unternehmen nicht aus ihrer Verantwortung.

Solange sich an den Vorstellungen der Personalchefs nichts ändert, kann mancher Jugendliche daher auch in der Zukunft nur darauf hoffen, dass sich irgendwann auch für ihn ein Lehrmeister findet, der bereit ist, ihm eine Chance zu geben. Bis dahin bleibt diesen jungen Menschen nur die Möglichkeit, sich in Schulen und mit staatlichen Qualifizierungsmaßnahmen die Zeit zu vertreiben.

<http://www.heise.de/tp/artikel/35/35934/1.html>



## **Noten, kognitive Fähigkeiten oder Persönlichkeit: Was bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz zählt**

**Kognitive Lernpotenziale, die sich nicht in den Schulleistungen widerspiegeln, bleiben auch beim Übergang von der Schule in die Ausbildung unentdeckt.**

**Jugendliche mit Hauptschulabschluss müssen gute Schulnoten vorweisen, um auf dem Ausbildungsmarkt eine Chance zu haben.**

**Jugendliche mit mittlerem Schulabschluss können hingegen mit „soft skills“ wie Gewissenhaftigkeit punkten.**

Für Jugendliche mit Hauptschul- oder mittlerem Schulabschluss ist es wichtig, möglichst rasch nach Ende der Schule mit einer voll qualifizierenden Berufsausbildung zu beginnen. Eine gute Ausbildung oder ein Studium sind auf dem deutschen Arbeitsmarkt zentrale Voraussetzungen für spätere Beschäftigungschancen. Jugendliche, die ihre Ausbildung mit starken zeitlichen Verzögerungen absolviert oder gar nicht abgeschlossen haben, werden auf dem Arbeitsmarkt nur schwer Fuß fassen (Bender et al. 2000). Hauptschülern gelingt es seltener als Realschülern, gleich nach der Schule eine reguläre Ausbildung zu beginnen. Oft wechseln sie in das sogenannte Übergangssystem, das heißt in berufsvorbereitende Maßnahmen, in denen kein anerkannter Ausbildungsabschluss erworben wird. Ihnen stehen zudem weniger Ausbildungsberufe zur Verfügung. Erschwerend kommt hinzu, dass ihre „Ausbildungsreife“ häufig in Frage gestellt wird. Der Schulabschluss bestimmt daher stark die Chancen auf dem deutschen Ausbildungsmarkt.

Es ist wenig über die Rekrutierungspraxis von Ausbildungsbetrieben bekannt. Was erwarten sie wirklich von ihren Bewerbern? Nach welchen Kriterien wählen sie aus? Auf welchen Stufen des Auswahlprozesses spielen welche Kriterien eine Rolle? Entscheiden Firmen je nach Branche oder Ausbildungsberuf unterschiedlich? In der Studie „Ausbildungsmonitor“ des Bundesinstituts für Berufsbildung nennen über 50 Prozent der befragten Betriebe die Persönlichkeit, über 40 Prozent kognitive Fähigkeiten und nur knapp 6 Prozent die schulische Vorbildung als entscheidendes Einstellungskriterium (Gericke et al. 2009). Dieser Befund widerspricht zunächst vielen Studien, die zeigen, dass vor allem ein guter Schulabschluss eine wichtige Rolle bei der Bewerbung um einen Ausbildungsplatz spielt. Sollten die Aussagen der Betriebe zutreffen, wäre das für manchen Haupt- oder Realschüler eine gute Nachricht. Nicht alle Jugendlichen können im deutschen Schulsystem ihr vorhandenes Lernpotenzial ausschöpfen und in einen entsprechenden Schulerfolg umsetzen.

Viele Schüler besuchen eine Sekundarschule, die unter ihren kognitiven Möglichkeiten liegt. Weil ihre Fähigkeiten nicht erkannt werden, verlassen sie die Schule als sogenannte *underachiever* – während viele andere Jugendliche mit gleichen oder sogar geringeren kognitiven Fähigkeiten einen höheren Schulabschluss erreichen. *Underachievement* betrifft vor allem Jugendliche aus niedrigeren sozialen Schichten (Uhlig 2010). Wenn nun bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz neben den Noten auch die kognitiven Fähigkeiten und sogenannte „soft skills“ wie Zuverlässigkeit und Sorgfalt zählen, könnte sich für diese Jugendlichen eine zweite Chance eröffnen. Sie könnten durch eine rechtzeitige und gezielte Suche nach einer Lehrstelle, gewissenhafte Bewerbungsschreiben oder ein kompetentes Auftreten in Bewerbungsgesprächen doch noch unter Beweis stellen, dass sie trotz schlechter Schulleistungen die nötigen Voraussetzungen für eine Berufsausbildung mitbringen.

Diese Annahme wurde mit Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) untersucht. Der Datensatz umfasst Angaben von knapp 500 Jugendlichen mit Hauptschul- oder mittlerem Schulabschluss, die zwischen 1987 und 1992 geboren wurden und an dem 2006 eingeführten Test über kognitive Grundfähigkeiten teilgenommen haben. Mit dem Blick auf eine zweite Chance wurde in der empirischen Analyse untersucht, welche Rolle Schulnoten, kognitive Grundfähigkeiten und Persönlichkeitseigenschaften beim Zugang zur Berufsausbildung spielen und ob diese Faktoren für Haupt- und Realschüler die gleiche Relevanz haben oder nicht. Dazu gibt es unseres Wissens nach bisher keine wissenschaftlichen Untersuchungen.

Die empirische Prüfung zeigt nun, dass die kognitiven Grundfähigkeiten der Jugendlichen keinen nennenswerten Einfluss auf die Übergangschancen in eine voll qualifizierende Berufsausbildung haben. Jugendliche, die im Test der kognitiven Fähigkeiten gut abgeschnitten haben, finden nicht schneller als andere Schulabgänger eine Lehrstelle. Das bedeutet: Lernpotenziale, die in der Schule unentdeckt geblieben sind, werden auch bei der Lehrstellensuche von Arbeitgebern nicht erkannt und spielen hier offensichtlich entgegen den Aussagen der Betriebe keine Rolle – weder bei Jugendlichen mit Haupt-

schulabschluss noch mit mittlerem Abschluss. Dieser Befund überrascht vor allem bei den Realschülern, die im Gegensatz zu den Hauptschülern mehr Möglichkeiten haben, sich auch um höher qualifizierte Berufe zu bewerben. Kandidaten für diese Ausbildungsplätze werden eher mit Hilfe von Auswahltests oder detaillierten Vorstellungsgesprächen auf ihre Eignung hin überprüft. Die Vermutung lag daher nahe, dass mittels dieser Auswahlverfahren das tatsächliche Potenzial der zukünftigen Lehrlinge – auch bei abweichenden Schulnoten – besser erkannt wird.

Die „soft skills“ der Bewerber spielen hingegen eine Rolle. Die Persönlichkeit beeinflusst den Erfolg einer Bewerbung – allerdings nur bei Jugendlichen mit mittlerem Schulabschluss. Für sie ist Gewissenhaftigkeit als Persönlichkeitsmerkmal – im SOEP gemessen über Selbstaussagen der Befragten wie zum Beispiel „Ich bin jemand, der gründlich arbeitet“ oder „... der eher faul ist“ (siehe Infokasten) – das entscheidende Erfolgskriterium. Dagegen haben Schulnoten bei gleich gewissenhaften Jugendlichen keinen signifikanten Einfluss. Mit Gewissenhaftigkeit können hier also schlechte Schulnoten ausgeglichen werden. 70 Prozent der sehr gewissenhaften Jugendlichen mit mittlerem Schulabschluss finden bereits im Herbst nach Schulabschluss einen Ausbildungsplatz. Bei den Mitschülern, die weniger gewissenhaft sind, schafft das nur jeder Zweite. Anders stellt sich die Situation bei den Hauptschülern dar. Sie können bei ihrer Ausbildungssuche nicht von vorteilhaften persönlichen Eigenschaften profitieren. Für sie sind die Abschlussnoten, insbesondere eine gute Mathematiknote, entscheidend. Jeder zweite Hauptschüler, der eine gute Note hat, findet unmittelbar nach der Schule einen Ausbildungsplatz. Das trifft bei den Hauptschülern mit einer schlechten Mathe-Note nur auf 30 Prozent zu.

Wie lassen sich diese Unterschiede zwischen Haupt- und Realschülern erklären? Jugendliche mit mittlerem Schulabschluss haben von vornherein bessere Chancen auf einen Ausbildungsplatz als Hauptschüler, da ihre „Ausbildungsreife“ in der Regel – selbst bei nur mäßigen Noten – weniger angezweifelt wird. Von Vorteil ist für sie außerdem, dass ihnen ein breiteres Spektrum an erreichbaren Ausbildungsberufen zur Verfügung steht. So können sie mit einer gut überlegten und gewissenhaften Suche ihre Chancen auf einen Lehrstellenplatz erhöhen, indem sie zum Beispiel Bewerbungen für verschiedene Ausbildungsberufe verschicken.

Für Jugendliche mit Hauptschulabschluss stellt sich die Situation anders dar. Ihnen stehen deutlich weniger Ausbildungsberufe offen. Bewerben sie sich für einen Ausbildungsplatz in höher qualifizierten Berufen, werden ihre Unterlagen mit großer Wahrscheinlichkeit von vornherein aussortiert. Damit haben sie weniger Gelegenheiten, durch gewissenhaft erstellte und breit gestreute Bewerbungen ihre Chancen auf eine Lehrstelle zu verbessern. Da ihre Ausbildungsfähigkeit gegenwärtig häufig in Frage gestellt wird, müssen sie zunächst mit guten Abschlussnoten signalisieren, dass sie die notwendigen Voraussetzungen für eine Ausbildung mitbringen. Dabei könnte vielen Hauptschülern der Weg in das Arbeitsleben erleichtert werden, wenn sie ähnlich wie Jugendliche mit mittlerem Schulabschluss die Gelegenheit hätten, ihre Fähigkeiten unter Beweis zu stellen, und dadurch ermutigt würden, noch aktiver nach einem Ausbildungsplatz zu suchen. Die Betriebe könnten so ebenfalls ihre Chancen erhöhen, geeignete Auszubildende zu finden.

Kognitives Lernpotenzial, das sich nicht in den Schulleistungen widerspiegelt, ist entgegen den Aussagen der Betriebe weder für Jugendliche mit mittlerem Abschluss noch mit Hauptschulabschluss bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz relevant. Das bedeutet, dass *underachiever* keine zweite Chance erhalten, ihr während der Schulzeit unentdecktes Lernpotenzial in einen Ausbildungserfolg umzuwandeln. Für die Gesellschaft heißt das, dass Fähigkeiten langfristig ungenutzt bleiben. Dies stimmt insbesondere vor dem Hintergrund eines absehbaren und vielfach beklagten Fachkräftemangels nachdenklich (vgl. Severing 2010).

Die Analysen, die diesem WZBrief zugrunde liegen, wurden im Rahmen des Projekts „The ‚Discovery of Youth’s Learning Potential Early in the Life Course“ durchgeführt, das von der Jacobs Stiftung finanziert wird.

Die in der Studie verwendeten kognitiven Grundfähigkeiten wurden im Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) über einen erprobten Test der fluiden Kognitionsfähigkeit bei Jugendlichen gemessen. Kognitive Grundfähigkeiten stehen für das Problemlösungspotenzial der Jugendlichen und sind nicht zu verwechseln mit ausgebildeten Kompetenzen, wie sie zum Beispiel bei der PISA-Studie gemessen wurden.

Die Persönlichkeit der Befragungsteilnehmer wurde über das weit über die Grenzen der Psychologie anerkannte Konstrukt der „BIG FIVE“, der großen fünf Faktoren, gemessen, die die gesamte Persönlichkeitsstruktur eines Menschen abdecken sollen. Die fünf Faktoren: Neurotizismus, Extraversion, Offenheit für Erfahrungen, soziale Verträglichkeit und Gewissenhaftigkeit werden über Selbstaussa-

gen der Befragten gemessen. Auf einer Skala von 1 bis 7 müssen sie sich über Aussagen wie zum Beispiel „Ich bin jemand, der gründlich arbeitet“ oder „..., der eher faul ist“, oder „..., der Aufgaben wirksam und effizient erledigt“ selbst beschreiben. Diese drei Aussagen stehen z.B. für den Faktor Gewissenhaftigkeit, der sich in vielen Studien zum Arbeitsmarkterfolg als entscheidend erwiesen hat.

*Zu den Autorinnen*

*Paula Protsch und Martina Dieckhoff sind wissenschaftliche Mitarbeiterinnen der Abteilung Ausbildung und Arbeitsmarkt. Martina Dieckhoff forscht zurzeit als Max Weber Fellow am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz.*

Literatur

Bender, Stefan/Konietzka, Dirk/Sopp, Peter (2000): Diskontinuität im Erwerbsverlauf und betrieblicher Kontext. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 52, Heft 3, S. 475-499.

Gericke, Naomi/Krupp, Thomas/Troltsch, Klaus (2009): Unbesetzte Ausbildungsplätze – warum Betriebe erfolglos bleiben. BiBB Report 2009-10. Bonn: Bundesinstitut für Berufsbildung.

Protsch, Paula/Dieckhoff, Martina (2011): „What Matters in the Transition from School to Vocational Training in Germany – Educational Credentials, Cognitive Abilities or Personality?“. In: European Societies, Vol. 13, No. 1, S. 69-91.

Severing, Eckart (2010): Berufsausbildung in Deutschland. Zu wenige Fachkräfte für die Wirtschaft und zu viele Jugendliche ohne Ausbildungsperspektive. In: Gerhard Bosch/Sirikit Krone/Dirk Langer (Hg.): Das Berufsbildungssystem in Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Solga, Heike (2005): Ohne Abschluss in die Bildungsgesellschaft. Die Erwerbschancen gering qualifizierter Personen aus soziologischer und ökonomischer Perspektive. Opladen: Barbara Budrich.

Uhlig, Johannes (2010): Brachliegende Potenziale durch Underachievement. Soziale Herkunft kann früh Bildungschancen verbauen.

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung - WZBrief Bildung

16 | Mai 2011

Quelle: [www.wzb.eu/wzbrieftbildung](http://www.wzb.eu/wzbrieftbildung) 16.5.2011



Jürgen Amendt

## **Eine Studie für Unternehmer »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft« reduziert Bildung auf ökonomische Sichtweise**

Der »Bildungsmonitor 2011« erhebt wie seine Vorgänger den Anspruch, die Bildungssysteme der 16 Bundesländer wissenschaftlich zu untersuchen und nach ihrer Leistungsfähigkeit zu bewerten. Doch wie aussagekräftig sind die Ergebnisse wirklich?

Gibt es durch Wettbewerb eine bessere Bildung? Für die INSM ist die Antwort einfach. Mehr Wettbewerb in der Bildung schaffe mehr Qualität; mehr Qualität Sorge für besser ausgebildete Fachkräfte; durch besser ausgebildete Fachkräfte wachse die deutsche Wirtschaft. Wettbewerb, so die Logik dieses Arguments, kennt keine Verlierer, sondern nur Gewinner. Ausgerechnet im Bildungsbereich soll Wettbewerb also zu anderen Ergebnissen führen als im Wirtschaftssystem? Bereits an dieser Argumentation der INSM zeigt sich: Die Denkfabrik der Unternehmer betreibt mehr Ideologie denn Wissenschaft.

Zu diesem Ergebnis kommt auch eine aktuelle Untersuchung des Tübinger Politikwissenschaftlers Tobias Kaphegyi. Im Auftrag der GEW-nahen Max-Traeger-Stiftung hat Kaphegyi die Methodik und Wissenschaftlichkeit der INSM-Studie unter die Lupe genommen (»Black Box Bildungsmonitor? Ein Blick hinter den Reiz des Rankings«, Tübingen August 2011). Das Ergebnis ist wenig schmeichelhaft. Die Ziele des Bildungsmonitors würden, so Kaphegyi, von den Arbeitgebern definiert. Die mögliche Interessenleitung werde aber kaum öffentlich diskutiert. Diese Interessenleitung ergebe sich aber schon durch den »normativen Grundsatz« des Bildungsmonitors. »Haushaltskonsolidierung« sei der wichtigste »Wachstumstreiber«, heißt es beispielsweise in der Einleitung der Studie aus dem letzten Jahr. »Haushaltskonsolidierung« meine aber nichts anderes als »Schuldenabbau«, »Schuldenbremse«, also Kürzungen in den staatlichen Haushalten, kritisiert Kaphegyi. »Dieser Festlegung muss sich (...) alles andere unterordnen. Dass der Abbau von Staatsschulden zwangsläufig zu mehr Wachstum führt, ist aber eine eher ideologische Festlegung.«

In der öffentlichen Debatte wird zudem meist ignoriert, dass der Bildungsmonitor lediglich eine »ökonomische Sicht« auf die Bildungssysteme der Bundesländer einnimmt. Mittel dazu ist das sogenannte Benchmarking, eine Methode, die Betriebswirtschaftlern dazu dient, ein Unternehmen so zu optimie-

ren, dass es zum »Marktführer« aufschließt. Übertragen auf den Bildungssektor heißt dies, dass mittels Benchmarking ein Wettbewerb zwischen den Bundesländern angestoßen werden soll.

Das Problem ist, dass die Öffentlichkeit mit Zuschreibungen wie »bestes Bildungssystem« eine pädagogische Leistungsfähigkeit assoziiert, die aber überhaupt nicht Gegenstand des Bildungsmonitors ist. Kaphegyi unterstellt den Machern der Studie, dass dieses Missverständnis gewollt ist. So heißt es in der Überschrift der Pressemitteilung der INSM zur letztjährigen Untersuchung: »Bildungsmonitor 2010: Sachsen hat das beste Bildungssystem.« In der Pressemitteilung zum aktuellen Bildungsmonitor wurde in der Überschrift lediglich die Jahreszahl geändert.

Kein gutes Haar lässt der Tübinger Wissenschaftler auch an der methodischen Vorgehensweise seiner Kollegen. Knapp 70 Prozent der 13 Handlungsfelder (u.a. Schulqualität, Integration von Migranten, Bildungsarmut), die laut Bildungsmonitor das Wirtschaftswachstum in den jeweiligen Bundesländern positiv oder negativ beeinflussen, würden nur theoretisch beschrieben und nicht empirisch unterfüttert, d.h. es werde nur angenommen, dass bestimmte Indikatoren eine bestimmte Wirkung haben. Diese »ideologisch-theoretische Ausrichtung« geben die Autoren des Bildungsmonitors versteckt im methodischen Teil sogar zu: »Die Zuordnung der Indikatoren zu den Handlungsfeldern beruht ebenso wie ihre Auswahl auf theoretischen Überlegungen bezüglich ihres Einflussverhaltens auf die Zielsetzungen des Bildungssystems«, heißt es sowohl im letztjährigen als auch im aktuellen Bildungsmonitor.

Weiteres Problem: Die Wechselbeziehungen zwischen den Handlungsfeldern werden ausgeklammert. Inwieweit etwa das Bildungssystem kausal für das Wirtschaftswachstum eines Bundeslandes verantwortlich ist oder dieses für die Leistungsveränderung im Bildungssystem, lasse sich nicht seriös auseinanderhalten, argumentiert Kaphegyi. Es gebe Wechselbeziehungen zwischen beiden Variablen. Anders formuliert: Länder mit guter wirtschaftlicher Entwicklung haben ein leistungsfähiges Bildungssystem, weil sie weniger mit sozialen und herkunftsbedingten Problemen im Bildungssystem konfrontiert sind. Eigentlich müsste nicht Bremen mit Bayern, sondern Bremen mit einer bayerischen Stadt mit ähnlicher Sozialstruktur verglichen werden. Kaphegyi: Ein Bildungsmonitor, dem es wirklich um Qualität geht, müsste untersuchen, welches Bundesland es am besten schafft, »die sozioökonomische Herkunft von den Schulleistungen und den Bildungsbiografien der Schüler zu entkoppeln«.

Quelle: Neues Deutschland, 17.08.2011



Wolfgang Lieb

## **Der Spiegel vermarktet die Bertelsmann Stiftung – „Deutscher Lernatlas“ stellt den Zusammenhang von Bildung und Wohlstand auf den Kopf**

„Wo die klugen Deutschen leben“, das ist die Titelgeschichte des aktuellen Spiegels. Und diese Geschichte beherrschte gestern die Schlagzeilen. Den ganzen Tag über konnte man in den Nachrichtensendungen und Nachrichtenagenturen vernehmen: „Deutliches Bildungsgefälle in Deutschland“ oder „Deutliches Süd-Nord-Gefälle“.

So entstehen Schlagzeilen: Der Spiegel – nach wie vor eine der maßgeblichen medialen Entscheidungsinstanzen dafür, welche Nachrichten in anderen Medien verbreitet werden – bekommt „exklusiv“ ein paar Tage vor Veröffentlichung durch die Bertelsmann Stiftung selbst deren neueste „Studie“ [PDF - 10 MB] vorab zugeschanzt und macht mit einer reißerischen Schlagzeile auf – und nahezu alle anderen Medien schreiben ab und übernehmen die Botschaft blind.

Hätte die Bertelsmann Stiftung ihren „Deutschen Lernatlas“ ohne diesen Marketing-Coup auf ihrer Website veröffentlicht, hätten vielleicht einige Fachzeitschriften oder wenige Interessierte darauf reagiert, aber es hätte sicher nicht zu einer Hauptnachricht gereicht. Die Vorabmeldung im Spiegel verhilft Bertelsmann in die Tagesschau.

Nun könnte man ja sagen, Bertelsmann versteht eben etwas von der Vermarktung seiner Produkte, wichtig ist doch nur, dass das Thema Bildung eine breite Öffentlichkeit erreicht. Doch an dieser Stelle sei die Frage erlaubt, was hat Eigenvermarktung mit Journalismus zu tun hat?

Für diese Vermischung von PR und Journalismus, liegt der Grund ziemlich nahe: die Bertelsmann AG hat 74,9 Prozent der Anteile am größten europäischen Magazinhaus Gruner + Jahr und G+J hat wiederum eine Sperrminorität von 25,25 Prozent beim Spiegel-Verlag. So wäscht eben eine Hand die andere, der Spiegel erhält eine reißerische und auflagensteigernde Exklusiv-Meldung und die Bertelsmann Stiftung kann ihr Image als Bildungsförderer aufpolieren.

Dass diese „Bildungs-Studie“ steuerbegünstigt aus den Gewinnen des Bertelsmann Konzerns finanziert wurde, ist dem Spiegel natürlich nicht einmal einen Nebensatz wert. Selbstverständlich gibt es auch keinen Hinweis darauf, dass die Bertelsmann-TV-Tochter, RTL, mit rund 300 Millionen Euro drei Viertel zu den Mehreinnahmen und damit den Löwenanteil zum Gewinn des Mutter-Konzerns von 665 Millionen Euro beitrug.

Doch gerade dieser Hintergrund hätte für ein kritisches Nachrichtenmagazin die eigentliche Story sein müssen. Der Spiegel hätte den Zynismus, der hinter der Studie versteckt ist, für jedermann offenkundig machen müssen. Stattdessen vermarktet er noch das Doppelspiel von Bertelsmann-Konzern und Bertelsmann Stiftung.

Da plädiert die Stiftung für „soziales und persönliches Lernen“ und ihr Finanzier, der Konzern, verdient dreistellige Millionenbeträge an einem Schmutzel-Sender. Dessen Erfolgsrezept besteht nun wirklich nicht in der Förderung von „sozialem und persönlichem Lernen“. Im Gegenteil, die Einschaltquoten speisen sich überwiegend aus Gewalt darstellenden oder aus halbseidenen Filmen, vor allem aber aus täglichen sog. Doku-Soaps in denen Kindern und Jugendlichen asoziales Verhalten geradezu gelehrt wird. Durch verdummenden Fernsehkonsum der RTL-Programme werden junge Menschen vom „persönlichen und sozialen Lernen“ gezielt abgehalten.

Man kann es deshalb nur scheinheilig nennen, wenn der „Architekt der Bildungsvolkszählung“ (wie der Schulspiegel lobt), nämlich Bertelsmann-Vorstand Jörg Dräger Schulkinder und Jugendliche auffordert, sich zu engagieren, ins Museum zu gehen oder Fortbildungsangebote zu nutzen. Hätte diese Aufforderung Erfolg, was wäre dann mit den Einschaltquoten bei den RTL-TV-Programmen? Was wäre dann mit den hohen Werbeinnahmen? Was wäre die Bertelsmann Stiftung ohne diese Werbegewinne? Die Forderung nach „sozialem Lernen“ und das Programmangebot von RTL stehen in einem haarsträubenden Widerspruch zueinander.

Man muss es so deutlich sagen: Wie die Mafia-Bosse eine Scheinfirma betreiben, um ihre dunklen Geschäfte zu tarnen, so hält sich der Bertelsmann-Konzern seine Bertelsmann Stiftung: mit dem angeblichen Einsatz der Stiftung für bessere Bildung soll über die systematische Verblödung der Bevölkerung durch Konzern-Gewinnbringer RTL hinweg getäuscht werden.

In seinem Beitrag geht der Spiegel mit keinem Wort auf diesen Zusammenhang zwischen der Bertelsmann-„Studie“ und dem Bertelsmann-Konzern ein. Noch schlimmer: Es wird nicht einmal die geringste journalistische Distanz zu dieser „Studie“ gewahrt.

Eine Auseinandersetzung mit der Erhebungsmethode erspart sich der Spiegel von vorneherein: „Wer das wichtigste Resultat verstehen will, muss sich nicht lange mit Rechenwegen beschäftigen. Ein Blick auf die Grafik reicht“ – jedenfalls für den Spiegel.

Die Bertelsmann Studie stellt nicht nur auf die Pisa-Ergebnisse und ähnliche Schulleistungsvergleiche ab (die ja nur landesbezogen ausgewiesen werden), sondern auf „soziales“ und „persönliches Lernen“ vor Ort. Sie beansprucht, die „regionalen Lernbedingungen“ in 412 Kreisen und kreisfreien Städten zu vergleichen. In Abwandlung des klassischen Spruches: „Nicht für die Schule, sondern für das Leben lernen wir“ verkündet Bertelsmann die umgekehrte Botschaft: „Nicht in der Schule lernen wir, sondern im Leben“. Lernen könne man nämlich fast überall, etwa bei der Freiwilligen Feuerwehr oder beim Deutschen Roten Kreuz („Soziales Lernen“). Und wichtig sei, „was jeder Einzelne für sich selbst tut“ („Persönliches Lernen“).

Viel wichtiger als Klassengrößen, Schulform, Schulstruktur, gemeinsames oder getrenntes Lernen ist – nach der Meinung von Bertelsmann – für das Lernen demnach wie viele Menschen und wie oft sie ins Museum oder ins Theater oder in einen Sportverein oder in den Kirchenchor gehen.

„Aus einem Fundus von über 300 potentiellen Lern- und Bildungskennzahlen“ hätte man ausgewählt, zitiert der Spiegel den Projektleiter Ulrich Schoof. Warum nur 38 Kriterien übrig blieben und vor allem welche, danach fragt der Spiegel natürlich nicht. Der Spiegel begnügt sich vielmehr Bertelsmann aus der Hand zu fressen: „Zusammenfassend lässt sich die Indexberechnung beschreiben als statistisch-basierte Auswahl an relevanten (was ist relevant? (WL)) und nicht-redundanten Kennzahlen, die gewichtet um ihren Einfluss auf den Human-und Sozialkapitalfaktor in einem Index subsumiert sind“.

(„Zentrales Kriterium bei diesem Gewichtungsverfahren ist also der statistische Zusammenhang der jeweiligen Kennzahl mit einem eigens errechneten sogenannten „Human- und Sozialkapitalfaktor“, der aus verschiedenen sozioökonomischen Kennzahlen (wie etwa Lesekompetenz, Grad der Bildungsabschlüsse, Dauer der Arbeitslosigkeit vor einer beruflichen Weiterbildung etc. Abbildung 12, Seite 16 (WL)) ermittelt wurde“, heißt es in der Studie.)

Bei diesem „Humankapital“-Ansatz für Lernen und Bildung handelt es sich – ganz typisch für Bertelsmann – um ein wirtschaftswissenschaftliches Konzept, in dem das Bildungsniveau auf das künftig mögliche Erwerbseinkommen bezogen wird. Es geht also um den Ertrag, den private und/oder öffentliche „Investitionen“ in Bildung oder Lernen für den einzelnen oder für die Gesellschaft erbringen. Bildungsstand und Wohlstand korrelieren also miteinander.

Bertelsmann und dem Spiegel gelingt es den Zusammenhang von Bildung und Wohlstand von den Füßen auf den Kopf zu stellen. Nicht der Wohlstand ist eine gute Voraussetzung für Bildung, sondern umgekehrt: Es wird Lernen „als Mittel zum Zweck“ betrachtet, als die Möglichkeit, „das soziale und wirtschaftliche Wohlergehen“ einer Region zu steigern. Motto: Ihr Schülerinnen und Schüler im Ruhrgebiet lernt und bildet euch besser, geht in die Bergmannskapellen und in die Freiwillige Feuerwehr oder wenigstens in den Kirchenchor, dann könnt ihr Eure Region wieder vorwärts bringen und „glücklich und reich“ werden.

Wie im amerikanischen Mythos der Tellerwäscher zum Millionär aufsteigen kann, so steigt in der Bertelsmannschen Ideologie der einzelne Mensch, ja eine ganze Region durch besseres Lernen zu Reichtum auf.

Es ist das alte Bertelsmannsche Lied, das da gesungen wird: Man wirft sich in die Pose des Bildungsförderers und verschafft sich damit Sympathie (denn wer wäre nicht für mehr und bessere Bildung) und blockiert alles, was sich im Bildungssystem ändern müsste, damit möglichst viele besser lernen können.

Der Spiegel und die Stiftung tun so, als würde die Ungleichheit der Lernerfolge bis ins letzte Dorf gemessen. Aber über das zentrale Thema, nämlich der sozial ungleichen Verteilung der Bildungschancen wird kein Wort verloren. Gerade die Spitzenreiter im Bertelsmann-Ranking, nämlich Bayern und Baden-Württemberg haben ein hochgradig sozial selektives Bildungssystem [PDF - 45.8 KB]. Die Wahrscheinlichkeit für ein Kind aus einem Akademikerhaushalt ein Gymnasium zu besuchen im Vergleich zu einem Arbeiterkind ist in Bayern zehn Mal so hoch – höher als in kaum einem anderen Bundesland. Selbst die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. tadelt Bayerns unterdurchschnittliche Absolventenquote. Und sogar die UNO bescheinigt, den Spitzenreitern im Bertelsmannschen „Lernatlas“, also z.B. Hessen und dem Saarland beim „Recht auf Bildung“ besonderen Nachholbedarf.

Auch dass Bayern mit die niedrigste Abiturientenquote hat, all solche Kriterien spielen offenbar im Bertelsmann-Ranking kaum eine Rolle. Da wird vielmehr als Erklärung für den konstatierten Lernerfolg des Spitzenreiters, dem Main-Spessart-Kreis, gemutmaßt, dass es im gesamten Landkreis eben nur zwei Kinos gebe, dafür aber 119 Freiwillige Feuerwehren und rund 1.400 Vereine.

Vielleicht liegt es aber weniger an der Feuerwehr oder an der Zahl der Museumsbesuche, sondern einfach daran, dass die Eltern in den Spitzenländern mehr Geld für Nachhilfeunterricht ausgeben (können). So liegen etwa bei den Ausgaben für private Nachhilfe gleichfalls Baden-Württemberg, Sachsen, Hessen, Schleswig-Holstein das Saarland, und Bayern bei den Flächenländern an der Spitze.

Es scheint für die Ersteller der Studie keinen Unterschied für die Lernmotivation auszumachen, dass der Landkreis Main-Spessart eine Arbeitslosenquote von 2,1 Prozent hat, während beim Schlusslicht Mecklenburg-Vorpommern diese Quote bei über 14 Prozent liegt. Ob man – wie in Bayern – eine Jugendarbeitslosenquote von knapp 4 Prozent oder – wie in Mecklenburg-Vorpommern – von weit über 11 Prozent hat, bleibt außer Betracht.

Wenn die Ruhrgebietsstädte Nordrhein-Westfalen zum „Mecklenburg-Vorpommern des Westens“ erklärt werden, so kann man mit den Händen greifen, dass die wirtschaftliche und soziale Situation einer Region, z.B. ihr Anteil an Schülern mit Migrationshintergrund etc. für die Bertelsmann Stiftung allenfalls insoweit relevante „Lern- und Bildungskennzahlen“ darstellen, dass das ökonomische Umfeld, für das die lernenden Schüler am wenigsten können, sie zu Bildungsversagern stigmatisiert.

Quelle: Nachdenkseiten 22.11.2011



## **Debatte Zukunft der Bildung -Vom Server lernen**

Der geplante "Trojaner" der Schulbuchverlage beweist, dass die Bildungskartelle wenig verstanden haben. Denn die Zukunft liegt nicht im Buch, sondern in der Cloud. von Christian Füller

Seit Neuestem steht ein trojanisches Pferd vor deutschen Schulen herum. Es ist kein Holzpferd wie einst vor den Toren Trojas, sondern ein Computerprogramm, eine Software. Erfinder dieses Schultrojaners sind die Schulbuchverlage. Sie haben gemerkt, dass die deutschen Lehrer sich ihren Unterricht nicht nur aus Büchern zusammenkopieren, sondern auch per "copy and paste" aus digitalen Lehrwerken. Die Verlage wollen Geld für solche Kopien.

Manche behaupten von dem Schultrojaner, dass er in Rechnern verbotene Kopien von Schulbüchern ausfindig machen und gewissermaßen zählen solle. Und sonst nichts. Allerdings kann das trojanische Pferd der Verlage viel mehr als wir denken. Niemand weiß, welche kleinen datenfressenden Soldaten es in seinem Bauch trägt.

### **"Vollkommen ungefährlich!"**

Die Lehrerverbände denken nun, sie hätten das Pferd verscheucht. Kein Troja. Keine fremden Spione in Mailprogrammen, PC-Tagebüchern oder getarnten Ordnern von Lehrern und Schulen. Was sich die organisierten Lehrer vorstellen, ist naiv. Sie meinen, ihr empörter Ruf "Lehrer sind keine Raubkopierer!" habe die Akteure zivilisiert. Unsinn. An dem Schultrojaner wird selbstverständlich weitergebaut. Der Trojaner, genauer die Plagiatssoftware der Verleger, wird wohl erst 2013 auf Rechnern in deutschen Schulen installiert. Aber die Verzögerung hat nichts mit den Muskeln der Lehrerverbände zu tun. Es hängt an der Komplexität der Sache. Was die Plagiatssoftware ganz genau untersucht und herausleitet, das wissen nur ein paar Nerds. Die Schulbuchverleger selbst wissen es jedenfalls nicht. "Eine sehr komplexe Angelegenheit", so raunen sie und versichern: "Es ist vollkommen ungefährlich!"

Diese Haltung ist ein starkes Stück. Nicht wissen, was gespielt wird - aber behaupten, es sei ungefährlich. Niemand könnte sich so etwas erlauben - nur die beiden Kartelle von Kultusministern und Schulbuchverlegern. Die Kultusminister ermächtigen private Unternehmer, eine Kontrollsoftware zu schreiben, die sich gegen Lehrer öffentlicher Schulen richtet. George Orwell ist ein Kobold, der uns ausspäht und sich obendrein über uns lustig machen will.

Beim Schultrojaner geht es aber um viel mehr als um ein paar unbezahlte Kopien. Auf der Tagesordnung steht (erstens) ein immer noch lukrativer Schulbuchmarkt und (zweitens) die Zukunft des Lernens.

Zum Ersten: Wie alle Verlage, die Bücher nach Gutenbergscher Art drucken, hat auch die Schulbuchbranche Angst vor der Zukunft. Wie lange kann das Buch in Zeiten von Internet und E-Book überleben? Nur die Schulbuchbranche hat als einziger Zugriff auf den Staat. Also versucht sie, ihr Quasimonopol zu konservieren.

Zweitens geht mit dem Schulbuch auch das Leitmedium der alten Schule verloren. Die ganze Lehrplanschule fußt auf dem Satz: Wir schlagen Seite 37 auf, alle! Die Schule ist um diesen Satz herum gebaut: ein Lehrer, der durch kanonisches Buchwissen navigiert; einer, der vorne steht und den Sinn des Ganzen vermittelt - leider oft auch ziemlich viel Unsinn.

### **Endlich liquides Lernen**

Die Schule von morgen aber wird eine andere sein. Sie setzt nicht mehr auf frontale Wissensverklappung. Es wird nicht mehr monopolisiert, sondern in Teams nach besten Lösungen gesucht. Jeder Einzelne muss so kreativ sein, wie es nur geht - und er muss dabei mit anderen kooperieren. Kurz: Lernen1.0 ist frontal, autoritativ sinngebend und starr. Lernen2.0 ist dezentral, kollaborativ sinnstiftend und fluid. Liquid, wie die Piraten so gern sagen.

Das Buch als zentrale Basiseinheit unseres Wissens, es löst sich auf in die Cloud, es verflüssigt sich in Häppchen, Bits, Tröpfchen von Wissen. Wir stehen vor einem digitalen Klimawandel, wie der Web2.0-Denker Martin Lindner jüngst in der taz schrieb. Und wie beim richtigen Klimawandel stem-

men sich auch bei diesem die alten Mächte gegen die Wirklichkeit. Sie krallen sich am Buch fest, die einen, weil es noch Geld abwirft (Verleger), die anderen, weil sie das Fundament ihrer alten Lernvorstellung ist (Kultusminister).

Um zu verstehen, wie absurd das alles ist, muss man nochmals einen Moment zum Schultrojaner zurück: Um das Buch zu schützen, errichten die Verleger nun eine riesige Datenbank, in der ein digitaler Zugriff auf alle Schulbücher besteht. Das ist der Vergleichspool, den die Plagiatssoftware im Kopf hat, wenn sie durch Schulrechner wuselt und nach verbotenen Kopien sucht.

Der Bau dieser gigantischen virtuellen Schulbibliothek aller Schulbuchverlage enthält zugleich eine ironische Wendung: Er zeigt uns die Zukunft. Denn das Wissen ist dann ja nicht mehr wie in einer Ecoschen Geheimbibliothek von Mönchen bewacht, nein, es befindet sich auf einem Server. Es steht anschlussfähig in einer Cloud bereit. Wenn Angriffspläne der US-Armee geknackt werden können, wieso sollte ausgerechnet der Schatz der Schulbuchverlage sicher sein? Ein Education-Hacker oder, am besten, ein findiger Achtklässler könnte ihn anbohren - und den Plagiatswurm in die andere Richtung fressen lassen.

### **Steinbruch des Wissens**

Aus dieser Perspektive betrachtet ist der virtuelle Bücherturm keine Datenbank mehr, sondern die Grundlage offen zugänglicher Lernmaterialien, "open educational resources". Sie dienen nicht mehr als Metternichscher Zensurkanon, um andere zu bestrafen. Sondern aus ihr wird: ein Steinbruch des Wissens. Aus ihm teilen die Verleger nicht mehr vorformatierte Wissens- und Kontextpakete namens Buch zu. Nein, die Lehrer, letztlich alle Lernenden schürfen dort Schaufelchen des Wissens, das sie in neuem Kontext der Welt zur Verfügung stellen wollen.

Dieser Turm des Wissens ließe sich nicht nur anders anzapfen, sondern auch anders befüllen. In ihm stellen Lehrer anderen Lehrer aufbereitete Lernbausteine zu Verfügung: Aufgabensammlungen, Wochenpläne, Projektideen. Aber sie täten das eben nicht mehr auf Papier, sondern online.

Das ist die Zukunft des Lernens: Baut nicht den Schultrojaner, sondern eine Plattform, die als offener Wissensspeicher dient - für das Lernen von morgen.

Quelle: taz 27.12.2011

